

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

131 (8.6.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis Die 10-seitige Millimeterzeitung kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsausgaben und Stellenanzeigen 15 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeitung kostet 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhalten des Belegpreises, bei gerichtslicher Entscheidung und bei Anfordern außer Kraft tritt. © Verlagsanstalt 'Volksfreund' Karlsruhe i. B., Schloß der Universität-Annahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, einjährig 21,84 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Erscheinung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 2050 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Weißstraße 28. Fernruf 7020/7021. Telefonteil: 2. Offenburg. Republikstr. 9

Nummer 131 Karlsruhe, Mittwoch, den 8. Juni 1932 52. Jahrgang

Für Demokratie und Frieden

Regierungserklärung und Kammerdebatte in Frankreich - Die Sozialisten stimmen für die Regierung Vertrauensvotum für Herriot

Paris, 7. Juni. (Eia. Draht.) Die Regierung Herriot hat sich am Dienstag nachmittags dem Parlament vorstellt. Im Senat sprach Justizminister Renault, in der Kammer Ministerpräsident Herriot die Regierungserklärung. Vorher hielten in beiden Häusern die Präsidenten Jeannenve und Bouisson ihre Antrittsreden. In beiden Häusern waren außerordentlich stark besetzt. Kammerpräsident Bouisson machte in seiner Antrittsrede unter anderem Beifall der Linken folgende Anspielungen auf die Ereignisse in Deutschland:

„An der umfangreichen antidemokratischen Verschwörung, die sich im Land zu Land in der Welt zu organisieren scheint, nimmt Frankreich nicht teil. Wenn auch eine Krise seinen materiellen Interessen abträglich sein könnte, so würde es doch nicht an der Wahrheit von Grundsätzen zweifeln können, die zugleich auf der Verfassung und der Erfahrungen beruhen. Das parlamentarische Regime steht wider den Anwalt an die Einbildungskraft noch die Suche nach neuen und fähigen Lösungen aus. Gerade in schwierigen Zeiten kann sich das parlamentarische Regime am wirksamsten zeigen. Das Parlament vermag viel, wenn es das Instrument des Volkswillens bleiben will. Aufgabe des Parlaments ist es, ein Beispiel für die Methode und Selbstbeherrschung zu geben.“

„Frankreich nicht Rechte bestreiten lassen, die sich nicht nur aus Verträgen, sondern aus vertraglichen Abmachungen ergeben, welche durch die Unterfertigen gesichert sind. (Beifall in der Mitte und rechts.)

Die Welt würde, wenn sie dem Einfluß des Rechts entsagen wird, früher oder später unter die Herrschaft der Gewalt geraten. Durch die Befestigung dieser Grundsätze ist sich die Regierung bemüht, nicht egoistische Vorrechte, sondern allgemeine Interessen zu verteidigen. Im übrigen ist sie bereit, jeden Plan zu diskutieren oder jede Initiative zu erörtern, die durch einen Ausgleich eine größere Weltstabilität oder aufrichtige Verständigung im Frieden herbeizuführen würde. In Übereinstimmung mit dem Völkerbundsvertrag und im Geiste des Kellogg-Paktes werden wir die Sicherheit nicht für uns allein, sondern für alle Nationen suchen, die, ob klein oder groß, in unseren Augen die gleichen Ansprüche haben. Unsere Aktion wird von den Grundsätzen beherrscht sein, die Leon Bourgeois aufgestellt hat, die wir seit 1924 verteidigt haben und die besonders in dem edelmütigen Briand ein Element der französischen Politik gesehen sind. In diesem Rahmen ist die Regierung allen Lösungen, selbst Teillösungen günstig, die im Lichte der Beratungen von Genf und nach einer lokalen Gegenüberstellung der Ansichten ohne Gefährdung der Landesverteidigung eine Verminderung der Militäraufgaben erlauben und eine Etappe auf dem Wege zu einer allmählichen Ausrüstung und Kontrollierbaren Abrüstung darstellen würden. Schon jetzt wird die Regierung mit Vorbehalt alle möglichen Einsparnisse auf diesem Gebiet durchzuführen. Für dieses Werk bieten wir unsere ganze Unterstützung an. Die Ruhe muß wieder erstehen. Wenn man sich darüber Rechenschaft ablegt, daß es Regierungen wie die unsere gibt, die in dem Geiste und in den Tatfachen des Friedens Aufstände schaffen will, die einen aufrichtigen Appell an alle Gemüter richten und die alle diejenigen zu sammeln suchen, die mit uns der Meinung sind, daß der Krieg ein unheilvolles Verbrechen gegen das Völkerrecht ist. Für dieses Werk bitten wir um Ihr Vertrauen.“

Wunsch entspricht, lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.“

Im Namen der Radikalen erklärte der frühere Minister Coma, daß seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Leon Blum setzte dann die Gründe auseinander, aus denen die Sozialisten für die Tagesordnung stimmen würden. Er erklärte, die Regierung Herriot sei auf Grund der Wahlen gebildet worden, die zu der Verschmelzung der Parteien der Sozialreaktion geführt habe. Das sei die Sanktion dieser Schlacht und die Sozialisten, die an ihr einen bedeutenden Anteil genommen haben, würden für die Regierung stimmen, weil sie in ihren Augen diese Sanktion verkörpern und weil sie glauben, daß sie die Früchte aus diesem Siege ziehen könne. Die Sozialisten möchten nicht verschweigen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und ihnen weiter bestehen können. Die Sozialisten hätten weder ihre Gesinnung über die neue Richtung, die den internationalen Verhandlungen gegeben werden müsse, noch über die Maßnahmen verändert, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Beseitigung des Defizits ergriffen werden müssen. Sicherlich könnten das Zentrum und die Rechte ihre Stimmzettel mit denen der Sozialisten vereinigen. Aber selbst unter dieser Voraussetzung seien die Stimmen der Sozialisten gegen das Zentrum und die Rechte gerichtet. (Lebhafter Beifall links.) Die Sozialisten würden jedesmal für die Regierung stimmen, wenn sie durch ihre Handlungen den Willen zum Ausdruck bringe, den die Wählerschaft bestätigt habe. (Lebhafter Beifall links.)

Herriot verlas anschließend eine Botschaft des Präsidenten Le Douarin, in der es unter anderem heißt:

„Indem ich mich fröhlich an die Grundzüge der Rechte halte, die die Verfassung übertragen hat, werde ich mich bemühen, eifrig über sie zu wachen und ihr freies Funktionieren zu erleichtern. Als unparteiischer Schlichter werde ich es mir aneignen lassen, die Einigkeit der Herzen und die Harmonie der Geister zu erhalten und wenn möglich zu erweitern. Frankreich hat als eifriges Mitglied des Völkerbundes an den bevorstehenden internationalen Verhandlungen für die Wiederherstellung der Weltfriede und für den Weltfrieden mit einer unumstößlichen Aufrichtigkeit und der festen Hoffnung auf einen Erfolg teilgenommen. Ein bedeutendes Opfer, die es seit dem Krieg gebracht hat, sind der beste Beweis für seine Uneigennützigkeit und sein Festhalten an der Solidarität die immer enger zwischen den Nationen werden und die dazu führen muß, eine Politik der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung anzuwenden. Frankreich muß bei seiner gemeinsamen Anstrengung nur die gerechte Sorge um seine Sicherheit, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität, die wichtige Pflichten für den allgemeinen Frieden sind, im Auge behalten.“

Die Regierungserklärung fand auf der Linken großen Beifall. Als erster Interpellationsredner zu der Erklärung der Regierung Herriot sprach der neugewählte Abgeordnete Besson, der einer von kurzem gegründeten Agrarpartei angehört.

Der Kommunist Doria interpellierte über die Innenpolitik, sein Genosse Peri über die Außenpolitik der Regierung.

Der Autonomist Walter führte aus, daß das Esch nicht systematisch dem feindlich sein werde, der die Regierungsgeschäfte führt, und daß es die Handlungen der Regierung abwarten werde, um in voller Unparteilichkeit zu urteilen. Er begrüßte den Verzicht Herriots auf die Mitarbeit der Sozialisten, bedauerte aber, daß die Führer der alten Mehrheit nicht auf den Regierungsbänken sitzen. Auf außerparlamentarischem Gebiet setzte er sich für die deutsch-französische Verständigung ein. Sie sei, so sagte er, noch möglich und müsse gewünscht werden. (Großer Beifall auf zahlreichen Bänken.) In der gegenwärtigen Zeit sei eine Politik der Ruhe und des Friedens notwendig. In dieser Beziehung habe er zu Herriot Vertrauen.

Der Kammerpräsident verlas eine von den Abgeordneten Hesse und Schmitt eingebrachte Tagesordnung, die von den Radikalen und Sozialisten aufgestellt worden war, und folgendermaßen lautete:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befürwortet, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeführten

Es folgte die Beratung der sehr langen Regierungserklärung, der folgende Stellen zu erwähnen sind:

„Die neue Regierung ist gebildet, um den Interessen Frankreichs den edelmütigen Traditionen unserer Demokratie, die sie auf dem Ari verteidigen wird, und im Einklang mit einer internationalen Ordnung zu dienen, deren Ausbau sie für notwendig hält, um die höchste Wohlfahrt, den Frieden zu garantieren. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Unser Programm ist beschränkt, aber präzise. Im Innern stehen wir einer sehr ersten finanziellen Krise gegenüber. Wir werden dem Parlament in kurzer Zeit eine vollständige und detaillierte Bilanz der Lage unterbreiten. Wir werden es um die Berücksichtigung eines Gegenwertes ersuchen, eine Reihe von Ausgaben-Einsparungen und finanziellen Maßnahmen vornehmen. Die unvermeidlichen Opfer, die jeder einem solchen Schicksal entgegenstellen muß, werden nach einem Plan der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit vorgeschlagen werden, der den Gesetzen der Demokratie entspricht. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Die gleiche Sorge um ein normales und dauerhaftes Gleichgewicht wird es uns zur Pflicht machen, unser ganzes Wirtschaftssystem zu reorganisieren, denn wirtschaftlich, wie vom politischen Standpunkt aus, erscheint uns die internationale Zusammenarbeit durch die Geistes der zeitgenössischen Kultur geboten. Wir wollen zunächst ein wirtschaftliches und finanzielles Gleichgewicht schaffen, das der gesamten Nation ein gesundes Leben ermöglicht. Wir wollen der Arbeiterklasse ihre Rechte garantieren, dem Respekt vor allen gemessenen Freiheiten festhaltend, und wir, daß die Republik alle Anstrengungen begünstigen und unterstützen muß, die dazu bestimmt sind, eine bessere internationale Organisation der Arbeit zu schaffen. Wir werden an den fundamentalen Grundgedanken der Sozialversicherung nicht rütteln lassen. Mehr als moralischen als aus politischen Gründen werden wir dem Arbeiter zu Hilfe kommen, der seines Brotverdienstes beraubt ist. Wir haben daher bereits jetzt beschlossen, die Sechsmonatsgrenze für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung abzuschaffen. (Großer Beifall links.) Wir halten uns für verpflichtet, den wirklichen Arbeitslosen und Kurzarbeitern die notwendigen Unterstützungen zu gewähren. Die Sozialversicherung kann nach unserer Ansicht nur Gerechtigkeit und Solidarität aufbauen sein. Auf aktivem Gebiet bleiben wir der Mittelschule treu und wollen schon jetzt die Schulpflichtigkeit des sogenannten Mittelschul-Unterrichtes einführen, um allen Kindern Frankreichs den Weg zum Wissen zu öffnen. Im Zwecke der Bekämpfung werden wir einen Amnestieentwurf in politischer Beziehung einbringen.“

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befürwortet, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeführten

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befürwortet, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeführten

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befürwortet, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeführten

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befürwortet, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeführten

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befürwortet, die dem kürzlich von der Mehrheit des Landes ausgeführten

Die erste Aufnahme des Kabinetts Herriot

Frankreichs Staatspräsident mit dem neuen Kabinett vor dem Elysee.

Vorderste Reihe von links nach rechts: Luftfahrtminister Painlevé, Marineminister Leogues, Justizminister Renault, Ministerpräsident Herriot, Innenminister Chaumet, Kriegsminister Paul Boncour, Kolonialminister Sarraut.



und mit Hilfe des in den internationalen Abkommen vorgesehenen Verfahrens feststellen lassen, wieweit die Wiederzulassung der Sittlichen Sturmabteilungen mit den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages in Einklang stehen. Auch in der Reparationsfrage darf man eine solche Regierung, die von dem Standpunkt der internationalen Verständigung keinerlei Vertrauen verdient, nicht einfach von den bestehenden Verpflichtungen befreien.

Das belgische sozialistische Organ, verlangt schließlich von den Regierungen der Siegerstaaten eine Erklärung, wonach sie einem demokratischen Deutschland materielle Zugeständnisse machen und die moralische Genugtuung geben wollen, die sie dem Ebenbild des militärischen Vorkriegsdeutschland nicht gewähren können.

Deutscher Wirtschaftsskandal

Der in voriger Woche erfolgte „Friedensschluß“ in der Eisenindustrie muß als beispielloser Skandal bezeichnet werden. Der „Friedensschluß“ benachteiligt einmal das Heer der kleinen Fabrikanten zugunsten der großen Fabrikanten. Des anderen kann dieser „Friedensschluß“ nur zu Ungunsten unserer ganzen Produktionsmittelindustrie und unseres Fertigwarenexports ausfallen. Besonders wird die Maschinenindustrie unter diesem „Friedensschluß“ zu leiden haben. Der „Friedensschluß“ verteuert das deutsche Eisen und die Fabrikationsbarone, im Interesse der Schwerindustrie.

Als der deutsche Eisenmarkt vom Weltmarkt abgeschlossen wurde, hat die Schwerindustrie feierlich verkündet, der deutschen Exportindustrie solche Preise zu gewähren, die ihre Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland sichern. Danach hat die Schwerindustrie die Differenz zwischen dem deutschen Eisenartikelpreis und dem Eisenpreis auf dem Weltmarkt der deutschen Maschinen- und Stahlwarenindustrie zu vergüten (Vordergütung). Wie steht es um diese Vergütung in dem jetzt vollzogenen „Friedensschluß“? Der Weltmarktpreis beträgt für die Eisenhandelsorte, für Stabeisen, gegenwärtig etwa um 44 Mark. Infolge der Konzentrierung und Vertiefung der deutschen Eisenindustrie muß der deutsche Verbraucher aber 110 Mark zahlen. Der ausländische Arbeiter stellt sich also, soweit der Einkauf von Eisen in Frage kommt, gegenüber dem deutschen Arbeiter um 66 Mark günstiger. Nach den Versprechungen der Schwerindustrie müßte diese dem deutschen Arbeiter die erwähnten 66 Mark vergüten. Das tut die Schwerindustrie aber nicht. In dem „Friedensschluß“ wird als Weltmarktpreis ein Preis von rund 80 Mark angenommen, also ein Phantastepreis, den niemand im Ausland für Eisen anlegt. Der deutsche Arbeiter erhält also nur eine Vergütung von 30 Mark anstatt 66 Mark, die er haben müßte, um mit dem Ausland konkurrenzfähig zu bleiben. Das ist noch der beste Fall. Meistens zahlt aber die Schwerindustrie noch nicht einmal den Satz von 30 Mark. Betroffen werden davon aber die Kleinen, die die Vergütung besonders notwendig haben.

So macht also die deutsche Schwerindustrie die deutsche Fertigwarenindustrie im Ausland „konkurrenzfähig“. Wenn man Eisen in Deutschland doppelt so teuer bezahlen muß als im Ausland, ist es nur natürlich, daß niemand in Deutschland Maschinen bauen läßt. Er läßt einfach im Ausland bauen, wo das Eisen fast um die Hälfte billiger ist. So wird die Exportindustrie der Schwerindustrie die größte Krisenursache in der Eisenindustrie und in den Industrien, die von der Eisenindustrie abhängen. Und das ist ein beträchtlicher Teil der deutschen Fertigwarenindustrie. Draußen im Lande erzählen aber die Herrschaften, deren Vertreter jetzt in dem neuen Kabinett von Papen sitzen und die das Kabinett der Junker und Korone stützen, daß der Marxismus die Wirtschaft vernichtet.

Als die deutsche Eisenindustrie ankam, den deutschen Eisenpreis weit über Weltmarktpreis zu steigern, erklärte sie, das sei nötig, um den Export aufrecht zu erhalten; mit dem erhöhten deutschen Inlandspreis müsse man den Konkurrenzkampf im Ausland, wo man das Eisen billiger abgeben müsse, überhaupt im Geschäft zu bleiben, bezahlen. Es ist um diese Politik viel gestritten worden. Heute kann man wohl sagen, daß diese Politik einfach wahnsinnig, ausgemachter Profitbolkschweismus ist. Die deutsche Eisenindustrie hat sich seit längerer Zeit vom Auslandsgeschäft so gut wie ganz zurückgezogen. Aber sie beutet den Inlandsmarkt immer noch mit hohen Preisen aus, die einmal mit dem Auslandsgeschäft, das es heute nicht mehr gibt, begründet wurden.

Das Kabinett Brüning hat den schäblichsten Versuch gemacht, etwas gegen diese Schmelzerei zu unternehmen. Es hat nur minimalen Erfolg gehabt. Die gegenwärtige Regierung hingegen wird gegen diesen Ruder keinen Finger rühren. Denn das Kabinett von Papen ist ja die Regierung der Schwerindustrie.

Ein „Schritt“ der Nationalsozialisten

Stuttgart, 6. Juni. (Eig. Meldung.) In der heutigen Sitzung des württembergischen Landtags erlebten die Nationalsozialisten einen bösen Keimfall. Sie hatten schon vor zwei Wochen den Antrag eingebracht, „bei der Reichsregierung und im Reichsrat sofort stärksten Einspruch gegen die geplanten neuen Verordnungen der Reichsregierung zu erheben“. Trotz der offensichtlichen Dringlichkeit dieses Antrags taten die Nationalsozialisten nichts, um den Antrag eigenen Partei gehörenden Präsidenten zu veranlassen, den Antrag überhaupt zur Beratung zu stellen. Es war offensichtlich, daß sie diesen Antrag nicht aus sachlichen, sondern aus reinen Agitationsgründen und mit der Spitze gegen die Regierung Brüning gestellt hatten. Nach dem Amtsantritt der Regierung Papen wollten sie nichts mehr von der Sache wissen, obwohl aus der Erklärung der neuen Reichsregierung klar hervorging, daß sie die wesentlichen Bestandteile der von Brüning entworfenen Verordnung, vor allem soweit dadurch die Sozialleistungen herabgesetzt werden sollen, ebenfalls zu verkünden beabsichtigen.

Die Sozialdemokratie beantragte daher heute, den nationalsozialistischen Antrag sofort zur Beratung zu stellen, da er ja sonst unwirksam bleiben würde. Nun kamen der Präsident wie die nationalsozialistische Fraktion in größte Verlegenheit. Der Fraktionsvorsitzende, Hg. Murr begann ein lächerliches Gestammel, das zunächst die Erklärung des Einverständnisses mit dem sozialdemokratischen Antrag enthielt, dann aber plötzlich dazu überging, der Regierung Papen das Vertrauen auszusprechen, daß sie niemals so unsozial und volksfeindliche Maßnahmen treffen würde, wie die Regierung Brüning, und endete schließlich mit der Erklärung, daß die Nationalsozialistische Fraktion jetzt ihren eigenen Antrag als „gegenstandslos“ annehme und ihn deshalb zurückziehe!

Unter dem kühnen Gesicht der des ganzen übrigen Hauses haben die Nazis damit einen ihrer stärksten Agitationsläufer selbst über Bord geworfen und dadurch von vornherein und unversehrt allem ausgemittelt, was die Regierung Papen auf dem Verordnungswege noch alles über das deutsche Volk verhängen wird.

Deutschland in Lausanne

Der Schatten des Generalleutnants J. D. v. Schleicher in der Reichsregierung, Herr v. Papen, hat tatsächlich den Mut, das deutsche Volk höchst persönlich in Lausanne zu vertreten. „Regleiten“ werden ihn der Reichswirtschaftsminister Barthold, der Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk und Freiherr v. Neurath, der gegenwärtige Außenminister. Eine Delegation, die sich sehen lassen kann!

Baronsregierung und Preußen

Reichskommissar für Preußen?

Dunkle Pläne der Papen-Regierung

Berlin, 7. Juni. (Eig. Draht.) Der Schattenkanzler des Kabinetts der Nazis, Herr v. Papen, hat den Präsidenten des preußischen Landtags, Kerrl, schriftlich um die baldige Einberufung des Landtags ersucht. Trotz seiner Feindschaft gegen die „Parlamentsdemokratie“ wünscht er in Preußen möglichst bald eine parlamentarische Regierung, weil ihm das Gesicht der gegenwärtigen geschäftsführenden Regierung hierzulande nicht paßt. Die Nazis haben mit ihrem Brief einen äußerst bedenkenlichen Weg beschritten, einen Weg, der mit Gesetz und Verfassung geradezu unvereinbar ist.

Das Reich hat nicht mit den Landtagen der einzelnen Länder bzw. mit deren Präsidenten zu verhandeln, sondern ausschließlich mit deren Regierungen. Daß die preußische Regierung zur Zeit nur eine geschäftsführende ist, enthebt auch den Schattenkanzler der Nazis von seiner Weisheit der Verpflichtung, seine Wünsche und die seiner Auftraggeber bezüglich Preußens an die geschäftsführende Regierung und nur an sie zu richten. Der Zustand geschäftsführender Minderheitsregierungen, die nur deshalb nicht ersetzt werden können, weil keine arbeitsfähige Koalitionsmehrheit vorhanden ist, die einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen vermag, besteht in Preußen erst seit den Neuwahlen. Aber ein ähnlicher Zustand herrscht schon seit Monaten, ja zum Teil schon seit Jahren in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, so in Bayern, in Sachsen, in Hessen, in Hamburg und in Württemberg. Noch nie ist es einer Reichsregierung eingefallen, bei ihrem Verkehr mit diesen Ländern die geschäftsführenden Regierungen zu übergehen und sich etwa an die Präsidenten der Länderparlamente zu wenden. Wenn die von der Schwerindustrie ausgehaltene Deutsche Allgemeine Zeitung, die neuerdings als offizielles Blatt der Nazis angeschlossen werden darf, trotzdem den traurigen Mut hat, den Schritt der Nazis damit zu begründen, daß der Landtagspräsident gegenwärtig die „einzig verfassungsmäßige vollgültige Stelle“ in Preußen sei, so ist das eben so dreist wie unmaß. Einwieweit Herr Kerrl nur auf vier Wochen gewährt, und es hängt schließlich von den Kommunisten ab, ob er in vierzehn Tagen als Landtagspräsident bestialisch wird. Aber ganz abgesehen davon, stellt die Verletzung der Deutschen Allgemeinen Zeitung einen Verstoß dar, die Verfassungsmäßigkeit der geschäftsführenden Regierung Preußens zu verneinen und damit auch die Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Regierung Bayerns, Sachsens usw.

Die Regierung der Nazis, hinter der überhaupt nichts steht, jedenfalls viel weniger als hinter irgend einer geschäftsführenden Landesregierung, hat am wenigsten das Recht, sich aufs hohe Ross zu setzen, zumal ihre eigene Entscheidung zum mindesten mit dem Geist der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Der Konflikt, den sie im Bewußt sein, nicht nur mit Preußen, sondern auch mit den meisten deutschen Ländern herauszufechten, kann unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Das preußische Staatsministerium hat gegen den Schritt Papens bei Kerrl bereits schärfste Verwahrung eingelegt.

Der eigentliche Zweck des Briefes der Nazis an Kerrl ist zweifellos, die Möglichkeit zur Einsetzung eines Reichskommissars zu fördern. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß eine derartige Maßnahme unter den obwaltenden Umständen verfassungswidrig wäre.

widrig wäre. Machen die Nazisbarone dennoch den Versuch, sich auf Preußen durch den Bruch der Reichsverfassung irgend welchen Einfluß zu verschaffen, so könnten sie eine für sie recht blamable Ueberforderung erleben. Sedenfalls ist die preußische Staatsregierung auf der erforderlichen Abwehr entschlossen.

Von der Initiative, die Herr v. Papen auf Veranlassung der Reichsregierung der Nazis-Barone hinsichtlich der Neuwahl eines preußischen Ministerpräsidenten hat anfordern lassen, war bisher, abgesehen von seinem Brief an den vorsitzenden Ministerpräsidenten des preußischen Landtags, noch nicht viel zu vernehmen. Mit dem Zentrum waren bis Dienstagabend irgenwelche Verhandlungen nicht eingeleitet und auch nicht verabredet. Abgesehen davon dürften Herrn v. Papen beratige Verhandlungen nach unieren Informationen kaum gut bekommen.

Im Zusammenhang mit den angeführten Bemühungen des Schattenkanzlers der Nazis-Barone meldet die Berliner Reichs-Zeitung am Dienstagabend, daß als Kandidat für die preußische Ministerpräsidentenwahl der Vorsitzende der deutschen nationalen Landtagsfraktion, ein Herr v. Winterfeld, in Aussicht genommen worden sei. Aber diese Kandidatur war kaum genannt, als die Nazis erklärten ließen, daß sie nur für einen Naziministerpräsidenten stimmen würden, während das Zentrum dabei bleibt, daß es den Nazis niemals den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten zusehen würde.

Der Ministerpräsident des preußischen Landtags hat den Vorschlag des Reichsministeriums, veranlaßt durch den Brief des Herrn v. Papen, zu Freitag einberufen. Wahrscheinlich dürfte der Minister entgegen dem Wunsch des Schattenkanzlers jedoch beschließen, es bei dem bisherigen Termin des Wiederzusammentritts des Plenums, den 22. Juni, belassen.

Otto Braun auf Urlaub

Amtlich wird mitgeteilt: Ministerpräsident Dr. Otto Braun hat in einem an den Staatsminister Dr. Hirtfelder gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, daß er aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub antreten müsse. Er bat Staatsminister Dr. Hirtfelder gebeten, die Präsidialgeschäfte des Ministeriums in seiner Vertretung zu führen.

Das Reich und Preußen

Die am Dienstag zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Ueberweisung eines Beitrages von 100 Millionen durch das Reich an Preußen sind negativ verlaufen. Die preußische Staatsregierung wird nunmehr den Etat auf dem Wege der Notverordnung vor sich ziehen und den Heilbesatz von sich aus auszuschießen versuchen. Nachdem das Reich sich geweigert hat, die angebotenen 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, ist die preußische Staatsregierung gezwungen, selbst Mittel zum Ausgleich des Etats zu beschaffen. Eine entsprechende Entscheidung ist am Mittwoch zu erwarten.

Regierungsbildung in Bayern

München, 7. Juni. (Eig. Draht.) Die Bayerische Volkspartei hat inzwischen von allen Fraktionen des Landtags, an die sie ihren Vorschlag zur Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung richtete, eine Antwort erhalten. Maßgebend sind im wesentlichen nur die Auffassungen der sozialdemokratischen und der nationalsozialistischen Fraktion, da die eine oder die andere zur Bildung einer neuen verfassungsmäßigen Regierung notwendig ist.

Aus der Antwort der beiden Fraktionen ergibt sich, daß der Vorschlag der Bayerischen Volkspartei, der praktisch auf die Erteilung einer Generalvollmacht für die Bayerische Volkspartei hinausläuft, nicht als eine geeignete Grundlage zur Regierungsbildung erachtet wird. In der Antwort der Sozialdemokratie heißt es:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen allgemeinen politischen Situation der selbstverständliche Grundgedanke einer „Stärkung der Kräfte des bayerischen Staates“ keine ausreichende Basis darstellt, auf der im Sinne der bayerischen Verfassungsurkunde eine parlamentarisch verantwortliche Regierung gebildet werden kann. Eine solche Regierung kann nur dann mit Erfolg arbeiten, wenn sie eine sichere und zuverlässige Mehrheit des Landtages hinter sich hat. Die unerlässliche Voraus-

setzung dazu scheint uns in der Verständigung der zur Bildung einer solchen Regierung bereiten Parteien zu liegen, die dem Rechte der Arbeit über die allgemeinen Richtlinien des künftigen Regierungsurteils gibt. Ohne diese Klarheit erscheint der sozialdemokratischen Fraktion die Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung unmöglich.“

Die Antwort der Nationalsozialisten, die einmütig mit besonderer Genugtuung eine parlamentarische Regierung begrüßen, lehnen den Vorschlag ab, da er nach den Bestimmungen der bayerischen Verfassung nicht der normale Weg sei, ein Gesamtministerium zu bilden. Die Nationalsozialisten wollen zuerst das Programm des am wählenden Ministerpräsidenten und der einzelnen Ressortminister kennen, die nur im Einverständnis mit einer Mehrheit ernannt werden könnten.

Die Antworten der Bauernfraktion und der deutschnationalen Gruppe kommen der Bayerischen Volkspartei soweit entgegen, daß sie die Bildung eines Kabinetts ohne koalitionsmäßige Verständigung aufzunehmen. Aber auch sie behalten sich im allgemeinen eine Stellungnahme vor, bis sie die verlangte Zusammenkunft der neuen Regierung kennen.

Politischer Prozeß

München, 7. Juni. (Eig. Draht.) Vor dem Münchener Schwurgericht begann am Dienstag ein Meinereiprozeß gegen den Berliner Schriftsteller Werner Abel, einem einstmals in politischen Rechtsstreifen sehr viel beschäftigten Mann. Das Schaupiel des Prozesses reicht bis in die Tage des Reichstagswahlkampfes von 1928 zurück. Damals hatte der deutsch-sozialistische Herr v. Graefe in seinem Blatt behauptet, Hitler habe Südtirol verraten und der Preis dafür sei eine recht beträchtliche Unterführung der Saftkreuzpartei mit italienischen Lire gewesen. In dem darauf folgenden Verleumdungsprozeß mißlang der Wahrheitsbeweis und Graefe, sowie zwei angeklagte Redakteure der Münchener Post und des Bayerischen Kuriers, die die Enthüllungen Graefes nachgedruckt hatten, wurden zu sehr hohen Geldstrafen verurteilt.

In der Berufungsinstanz wandte sich das Blatt. Die Angeklagten brachten einen neuen Zeugen herbei, den jetzt angeklagten Werner Abel, der mit aller Bestimmtheit unter Eid behauptete, selbst dabei gewesen zu sein, wie der italienische Faschistenhauptmann Mialorati in München Hitler angeführt wurde. Zwischen Göring, Hitler und Mialorati habe dann eine Besprechung stattgefunden, deren Protokoll Abel wiederum selbst gelesen haben will. In diesem Protokoll heißt es, daß über Südtirol gesprochen wurde, daß die italienischen Faschisten großes Interesse am Ertrinken des deutschen Faschismus hätten und bereit seien, ihm sowohl geldlich als auch politisch zu helfen.

Abel behauptet, aus mündlichen Mitteilungen Mialoratis zu wissen, daß Italien Geld an den Hitlerkreis gegeben hat. Nach diesen Enthüllungen Abels floh der Verleumdungsprozeß in der zweiten Instanz auf Hitler und die Seinen liegen darauf gegen Abel ein Meinereiverfahren einleiten. Sie behaupten, Mialorati nie gesehen, nicht erkannt und nie mit ihm zu tun gehabt zu haben. Eine zweite Meinereibeklage gegen Abel stützt sich auf seine Aussage vor dem Berliner Ermittlungsrichter am 28. Januar 1931. Abel hat

dort ausgeführt, während einer Ende 1923 in Landsberg a. S. verurteilten Gefangenschaft mit dem in den Hitlerkreis vermittelten früheren bayerischen Justizminister und jetzigen Generalstaatsanwalt Dr. Roth zusammengekommen zu sein, wobei Roth ihm erzählt habe, daß nach seiner Kenntnis jener Oberleutnant, der der Führer der Waffenvereinigungen der Einwohnern war, der Mörder der sozialdemokratischen Abgeordneten Gericke sei. Roth habe ihm weiter gesagt, daß Braun nach der Tat unter Pseudonym in München gelebt hätte, bevor er illegal nach Ungarn abgeschoben wurde. Auch bezüglich dieser Verurteilung behauptet die Anklage, daß sie demnach unmaß und daß eine derartige Unterredung niemals stattgefunden habe.

Hoher Besuch beim Reichskanzler

Berlin, 7. Juni. (Eig. Draht.) Am Dienstag um die Mittagszeit wählte in der Reichskanzlei hoher Besuch. Vor dem Eingang hielt ein Wagen mit der Nummer A I 3784. Der linke Kraftwagen des Mercedes trug eine Faltenkreuzfahne. Im Wagen saßen, beiseite aus dem Chauffeur ein Beauftragter. Er war modisch gekleidet, der Herr v. Papen einen Besuch abzustatten. Der insidierte er ihn gar? Sedenfalls waren wir neugierig. Wir warteten und warteten. Endlich nach 1½ Stunden erschien der Hauptinsasse des Autos, Selbstverständlich mit seiner Frau. Warum? Das ist vorläufig kein Geheimnis und dasjenige Herr v. Papens, beziehungsweise seiner Auftraggeber. Vielleicht betrifft es die Aufhebung des SM-Vertrages, vielleicht den Paragrafen 175. Aber was auch richtig ist: Herr Röhm, der in Berlin sehr gern mit Regierungen verkehrt, ist hoffähig geworden!

Freistaat Baden

Sitzung des Haushaltsausschusses

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Am 7. Juni beschäftigte sich der Haushaltsausschuss mit der Beratung einiger Anträge und Gesuche, die zum Haushaltsplan des Finanzministeriums gehören. Die staatsparteiliche Fraktion beantragte einen planmäßigen Abbau staatlicher Regierungsunternehmungen mit dem Ziele ihrer völligen Beseitigung. In gleicher Weise sollen die Gemeinden so verfahren und deswegen vom Ministerium hierzu angewiesen werden. Letzteres bedeutet jedoch einen so starken Eingriff in die Selbstverwaltung, daß der Regierungsvertreter sich dagegen aussprach. Auch der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich gegen solche Maßnahmen und wies darauf hin, daß gerade aus Kreisen der Industrie und des Handwerks die Subventionen von Reich, Staat und Gemeinden gefordert worden sind. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie wurden die Anträge von den bürgerlichen Parteien angenommen. Die Anträge auf Verringerung der Gehaltssahlungenstermine der Beamtengehälter wurden durch Maßnahmen der Regierung für erledigt erklärt. Der Finanzminister hat wiederholt versucht, auch bei der jetzigen Reichsregierung Mittel zu erhalten, um hauptsächlich wegen Mietvoranschlägen den Beamten entgegenkommen zu können. Seine Bemühungen waren jedoch erfolglos; dieselben werden jedoch fortgesetzt.

Zugunsten der badischen landwirtschaftlichen Klein- und Abfindungsvereine wurden Anträge einstimmig angenommen, welche die badische Regierung zu einer energischen Stellungnahme bei der Reichsregierung veranlassen sollen. Ein Gesuch des Grund- und Hausbesitzervereins Vorabheim um Ermäßigung der Landwirtschaftskammerbeiträge für einseitigste Grundstücke wurde der Regierung empfehlend überwiesen.

Zuständigkeit der Gemeindegereichte

Ein diesbezügliches Gesuch des Verbandes badischer Gemeinden wurde am Dienstag vom Rechtslegationsausschuss des Landtages der Regierung in empfehlerischem Sinne überwiesen. Es ging dahin, die bisherige Bestimmung aufzuheben, nach welcher die Gemeindegereichte als Richter — nicht zuständig sind.

Das Vermessungsgeleß

Da die Vorschriften über Vermessung und Vermessung der Grundstücke, Aufstellung und Fortführung der Katastervermessungs- und der Lagerbücher in fünf Gebieten, mehreren Verordnungen und Dienstverordnungen in Baden verstreut sind, hat das Finanzministerium dem Landtag den Entwurf eines entsprechenden Gesetzes vorgelegt, welches den Stoff in einer übersichtlichen Zusammenfassung neu ordnet und dabei die zahlreichen verstreuten Bestimmungen ausmerzt. Grundlegende Veränderungen gegenüber dem bisherigen Rechtszustand enthält der Entwurf nicht; soweit Veränderungen vorgesehen sind, sollen sie der Vereinfachung des Verfahrens und der Klarheit der Rechtsverhältnisse dienen.

Am Dienstag hat die Rechtslegationskommission beraten und ihnen durchgängig zugestimmt. Nur über die sog. Vermessungsgebühren wurde der Säcker dem Landtag vorgelegt. Vertreter der Landwirtschaft war die Gebühr von 340 M für jede Stunde des Zeitraums der mitwirkenden Beamten zu hoch. Der Vertreter der Regierung machte hiergegen geltend, daß damit alle Ausgaben für den staatlichen Vermessungsbeamten einbezogen sind; eine niedrigere Stundengebühr schädige lediglich den Staat selbst. Diese Gebühr soll auch erhoben werden ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiten am Dienstort oder außerhalb, im Zimmer oder auf dem Felde ausgeführt werden. Nur bei Verwendung nicht voll ausgebildeter Gehilfen kann die Wasser- und Straßenbauverwaltung eine Ermäßigung gewähren. Die für die Reise nach und von dem Geschäftsort erforderliche Zeit sowie die Arbeitspausen werden bei der Berechnung des Zeitraumes nicht mitgerechnet. Dem § 16 wurde folgender Absatz 2 angefügt: „Die Vergütungen der Steinleiter und Messgehilfen werden von der Gemeinde vorbehaltlich des Rücktritts auf die Verpflichteten vorzuschüssig bezahlt.“

Der Gesetzentwurf fand mit großer Mehrheit Annahme.

Der Vollzug der dritten Novelle zum Grund- und Gewerbesteuergeleß, Nr. 29 des Bad. Geleß, und Verordnungsblattes veröffentlicht die Vollzugsverordnung zum Geleß über die dritte Abänderung des Grund- und Gewerbesteuergeleßes.

25 Jahre Badische Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer benutzte die Gelegenheit einer Vorbesichtigung der DVG-Ausstellung in Mannheim durch die Presse, um der Öffentlichkeit die Schrift „25 Jahre Badische Landwirtschaftskammer“ zu übergeben, die sie aus Anlaß ihres 25-jährigen Bestehens herausgegeben hat. In Anbetracht der gegenwärtigen schweren Zeit hat die Kammer von jeder Feier ihres Jubiläums abgesehen.

Die Schrift gibt einen Einblick in die mannigfaltigen Aufgaben der 1906 durch Landesgesetz geschaffenen Institution der Selbstverwaltung. In einem geschichtlichen Rückblick des langjährigen geschäftsführenden Direktors, Oekonomierat Dr. Karl Müller (über die Geschichte der Badischen Landwirtschaftskammer von ihren ersten Anfängen bis zum Jahre 1926 geführt hat), wird geschildert, wie

die Kammer in der Nachkriegszeit mehr und mehr die Förderungsstätte der badischen Landwirtschaft wurde mit dem Aufgabentkreis, der in unserer heutigen Krisenzeit der öffentlichen Berufsvertretung dieses Standes zufällt.

In einem zweiten Teil der Schrift wird der gegenwärtige Stand der Arbeiten der Badischen Landwirtschaftskammer aufgezeigt. Der derzeitige geschäftsführende Direktor Dr. von Enselberg weist darauf hin, daß trotz aller Veränderungen die Grundzüge in der Arbeit der Kammer aus ihren früheren Jahren auch heute noch eingehalten werden. Alle technischen Maßnahmen sind dem einen Gedanken der Wirtschaftlichkeit untergeordnet und die Fragen des Abganges, der Werbung, der Marktforschung, die Standardisierung usw. in den Vordergrund gerückt. Dazu kommt eine starke Betonung des Grundgedankes der Qualitätsproduktion. Eine besondere Note findet die Arbeit der Kammer durch ihre Beratungsstätigkeit auf den verschiedensten Gebieten.

Mobilmachung zur Reichstagswahl

Unterbezirk Karlsruhe (Mittelbaden)

Gemäß Beschluß des Unterbezirksvorstands findet am Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Elefanten“ (Kaiserstraße 42), Karlsruhe eine

Kreiskonferenz

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur bevorstehenden Reichstagswahl. Referent: Gen. Schöpflin.
2. Aufstellung der Kandidaten.

Die Ortsvereine haben Delegierte nach folgendem Modus zu entsenden:

Ortsvereine bis 50 Mitglieder	1 Delegierten
„ „ 100 „	2 „
„ „ 250 „	3 „
„ „ 500 „	4 „

und für je weitere 500 Mitglieder einen Delegierten. — Wo bei der Kürze der Zeit die Wahl der Delegierten nicht mehr überall in Mitgliederveranstaltungen stattfinden kann, hat sie in Vorstandssitzungen zu erfolgen. Selbstverständlich haben auch sämtliche Genossen und Genossinnen, die sich für die Vorläufer und Verhandlungen interessieren, Zutritt, jedoch kein Stimmrecht. Stimmberechtigt sind lediglich die Delegierten. Zahlreicher Besuch dieser Kreiskonferenz wird erwartet.

Das Parteisekretariat

Wenn auch in Folge der sich überschneidenden innerpolitischen Ereignisse, sowohl der Termin für die mittelbadische Unterbezirkskonferenz wie für den badischen Parteitag in denbaur für die nächsten Tage angelegt werden mußte, steht mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß am kommenden Sonntag alle Parteimitgliederschaften Mittelbadens auf der Unterbezirkskonferenz vertreten sein werden. Es gilt, den Auftakt zur kommenden großen und schweren Wahlschlacht so imposant wie möglich zu gestalten.

Kampf

der hitlerischen Baronsregierung. Jeder Nationalsozialist in Kapitalsdiener, Helfer der konzentrierten Reaktion.

Treue ein für Volksrechte, Freiheit und Sozialpolitik.

Vierländerkomitees und des Anti-Kriegs-Komitees. In den Besprechungen werden alle Vorstandsmitglieder des IGB, Citrine, Großbritannien; Jacobsen-Dänemark; Zombach-Frankreich; Reipart-Deutschland; Merrens-Belgien; Lavette-Lischowskoff; und der Generalsekretär Schevencel teilnehmen.

Eine interessante Schadenersatzklage

In der Schadenersatzklage des Danziger Hafenbetriebsvereins gegen den Gesamtverband hat nun auch das Danziger Landesarbeitsgericht geurteilt. Das Arbeitsgericht hat die Klage, worin der Gesamtverband für den Schaden haftbar gemacht werden soll, der den Unternehmern durch einen von den Kommunisten angezettelten wilden Streik entstanden war, bereits abgelehnt. Nachdem das Landesarbeitsgericht festgestellt hatte, daß es sich nicht um die faktionsmäßige Streikunterstützung gehandelt habe, trat es in seiner interessanten und wichtigen Begründung:

„Der Standpunkt des Klägers, daß jede Zahlung an die Mitglieder, gleichgültig in welcher Höhe, ohne weiteres als eine den Streik fördernde Maßnahme anzusehen ist, kann nicht geteilt werden

(vgl. auch RMG. in Bensch. Sammlungen X S. 252, VIII S. 544).

Die Beklagten hatten keine Möglichkeit mehr, mit der großen Masse ihrer Mitglieder in Fühlung zu kommen. Es konnte deshalb die Ausschaltung einer geringen Unterfraktion in der Tat als geeignetes Mittel erscheinen, um die Vertrauensleute der Beklagten wieder mit den Mitgliedern in Fühlung zu bringen. Es war zu erwarten, daß alle Mitglieder sich zur Empfangnahme des Geldes in kleineren Gruppen einfinden würden, und daß ihnen bei dieser Gelegenheit durch mündliche Aussprache die Wiederaufnahme der Arbeit mit Erlaß nahegelegt werden konnte. Es liegt daher die Möglichkeit sehr nahe, daß die Zahlung der Unterfraktion den Kampf nicht verhängt hat. — Ist aber nicht bewiesen, daß die Zahlung der Unterfraktion auf die Dauer des Arbeitskampfes einen für den Kläger und seine Mitglieder nachteiligen Einfluß hatte, so müßte die Klage schon hieran scheitern.“

Die „Unterfraktion“ war tatsächlich nur als Ersatz für Fabrikarbeiter und Auslagen gedacht, da die Organisation wegen des Terrors der Kommunisten und Nazis die Kollegen nur in kleinen Gruppen in Kneipen zusammenholen konnte.

Der Danziger Hafenbetriebsverein stützte sich bei seiner Klage auf das Zeugnis von vier kommunistischen Hafenarbeitern, wonach der Gesamtverband keinen gewalttätigen an der Arbeitsaufnahme gehinderten Mitglieder ein Gulden ausgesahlt hätte. Durch diese Denunziation ergaunten sich die „revolutionären Klassenkämpfer“ ihren verlorengegangenen Arbeitsplatz.

Der Deutsche Werkmeister-Verband, Sitz Düsseldorf

Die älteste und größte Organisation der technischen Betriebsangehörigen der Welt, hat jenseits ihres Geschäftsberichts für die Jahre 1930/31 herausgegeben, eine lebendige Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Werkmeister. Der Verband zählte zu Beginn der Berichtszeit 130 000 Mitglieder. Der wirtschaftliche Niedergang hat die Mitgliederbewegung relativ gering beeinträchtigt. Bismarck ist aber die Zahl der stellenlosen Mitglieder. Zu Ende der Berichtszeit wurden 18 800 arbeitslos. Dementsprechend ist auch die Ausgabe für Unterfraktionen gestiegen. Im Jahre 1930 betrug sie 3 760 445 und im Jahre 1931 4 559 098 M. Werden die Leistungen der Nebenrichtungen hinausgeschoben — der Verband hat eine Betriebsratstelle, einen Betriebsrat, einen Betriebsrat und eine Betriebsratstelle, so ergibt sich in beiden Jahren eine Gesamtausgabe von über 16 1/2 Millionen Mark, die den Mitgliedern wieder zugewandt sind. Daneben wurden 3 063 541 Mark, vor den Gerichten erstritten. Wie stark das Rechtschaffenheitsbedürfnis in der Berichtszeit war, kommt dadurch zum Ausdruck, daß 110 000 Auskünfte über alle möglichen Rechtsgebiete von den Landesgeschäftsstellen erteilt wurden.

Bemerkenswert ist noch, daß der Verband an 550 Tarifverträgen beteiligt ist; er stellt mehr als 2500 Betriebsräte, 350 Arbeitsrichter und Landesarbeitsrichter, 350 Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung und ist außerdem in allen möglichen Körperchaften und Behörden vertreten. Beachtenswert sind auch die Abteilungen, die sich mit den Vorgängen auf dem Gebiete der Sozialversicherung und mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den beiden letzten Jahren befassen.

Der Bericht läßt erkennen, daß trotz der furchtbaren Krise nicht nur materiell, sondern auch ideell Wertvolles für die Mitglieder des Verbandes geleistet worden ist.

In den nächsten Tagen, nämlich vom 11. bis 13. Juni, hält der Deutsche Werkmeisterverband seinen 30. Verbandstag in Mannheim ab. In Verbindung damit findet am Sonntag, 12. Juni, eine große öffentliche Werkmeisterkundgebung im „Rosenpark“ statt, an der mehrere tausend Werkmeister aus Südwestdeutschland teilnehmen werden.

Der Kampf um den Tarifvertrag

Der Kampf um den Tarifvertrag tobt auf der ganzen Linie. Die Herbeiführung eines tariflosen Zustandes ist das Ziel des Unternehmerrats, was er vor allem in der Lohnfrage nach Gutdünken schalten und walten will. Ein besonders übler Trick, mit dem man vom Tarifvertrag loszukommen verliert, besteht in dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden. So traten zum Beispiel Ende Januar 17 Schiffahrtsfirmen aus dem Arbeitgeberverband der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen aus, um sich vor der Zahlung von Tariflöhnen zu drücken. Sie hatten jedoch mit diesem Manöver bis jetzt kein Glück. Der Gesamtverband erhob Klage, und das Arbeitsgericht Mannheim stellte fest, daß der Arbeitgeberverband erhaltungslos ist; erstens für den Schaden, der dem Gesamtverband erwachsen ist aus der dem Lohn angepaßten niedrigeren oder gar ganz unterlassenen Beitragszahlung und zweitens für den Schaden, den die Mitglieder des Gesamtverbandes durch untertarifliche Bezahlung erlitten.

Das Urteil des Mannheimer Arbeitsgerichts ist für den Kampf um die Erhaltung des Tarifvertrages von großem Wert. Seine Begründung verdient aufmerksame Beachtung.

Gegenüber dem Einwand des Arbeitgeberverbandes, er habe alles getan, um seine Mitglieder zur Tariftreue anzubahnen, und die Entlassung der 17 Firmen sei eigentlich ein Ausschluß gewesen, stellt das Urteil fest, daß Entlassung oder Ausschluß in diesem Falle gleichbedeutend gewesen sei. Die Pflicht zur Durchführung und Wahrung des Tarifvertrages, so heißt es in der Begründung, „zweckmäßig alles zu unterlassen, was den Bestand oder die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages gefährden könnte. . . Daraus ergibt sich, daß die seitens einer Tarifpartei vorgenommene positive Maßnahme des Ausschlusses, kam die Androhung desselben mit dem Zweck, das tariftreue Mitglied zur Einhaltung des Tarifvertrages zu erzwingen, ungeeignet sein kann.“ In diesem Falle sei „die positive Maßnahme . . . zur Erfüllungsvorbereitung und damit eine positive Verletzung der Verpflichtung zur Vertragstreue“ geworden. Die Kündigung der Mitgliedschaft sei nur zum 31. Dezember 1932 zulässig gewesen.

Den Einwand, daß für den Kläger und seine Mitglieder der Schaden durch die angeblichen Betriebsstillegungen viel größer gewesen wäre, weist das Urteil zurück. Es erkennt die schwierige Lage der Abwechslung an, betont aber: „Wollte man jedoch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten allgemein als Grund für die Lösung tarifvertraglicher Verpflichtungen ansehen, so würde man damit dem ganzen Tarifvertragswesen . . . die Grundlage entziehen.“ Die Folgerung, daß ein Unternehmer sich von der tariflichen Bindung lösen könne, wenn nach seiner Auffassung die Rentabilität seines Unternehmens in Frage gestellt ist, könne bei der gegenwärtigen Rechtslage als „zutreffend und gerechtfertigt“ nicht angesehen werden. Für einen Arbeitgeberverband dürfe es in solchen Fällen nicht der Vorteil seiner Mitglieder ausschlaggebend sein, sondern seine Verpflichtung zur Tariftreue. Der Beklagte dürfe deshalb nicht die Interessen seiner Mitgliedsfirmen den Interessen der Gegenseite — seines Tarifkontrahenten — zur Aufrechterhaltung des Tarifs vorantstellen.“

Die Klage wird, da ihr Streitwert auf 6001 M festgesetzt ist, auch in den höheren Instanzen durchgefochten. Man darf wohl erwarten, daß auch die höheren Instanzen ihre Rechtsprechung nicht an den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer orientieren, sondern daß sie einzig und allein der Gerechtigkeit dienen.

Volkswirtschaft

Die arbeitslose Generalversammlung der Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Karlsruhe, hat davon Kenntnis genommen, daß die Genossenschaft trotz des schweren Krisenjahres 1931 einen Bilanz vorlegen konnte, die einen Betriebsüberschuss von 44 445,83 M ausweist. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die von der Verwaltung vorgelegene Anteilserhöhung um 300 auf 800 Mark zu genehmigen. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt, die Regularien genehmigt, die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt und neu in den Aufsichtsrat gewählt. Die Herren Stadtrat Sommer, Karlsruhe, und Architekt Goldmann, Wörthheim.

Gewerkschaftliches

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagt in Berlin

Der Vorstand des IGB tritt am 9. und 10. Juni in Berlin zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Ergebnissen der Auswahlsitzung des IGB in Bern befassen und die weiteren Maßnahmen beraten wird, die sich aus der vom IGB, unlängst einberufenen Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genf ergeben. Einen weiteren Raum wird sodann insbesondere die Bedeutung des Reparationsproblems in Zusammenhang mit dem diesbezüglichen Antrag der Arbeitergruppe auf der letzten Internationalen Arbeitskonferenz einnehmen. Außerdem steht die Bepfändung des Entwurfs der Sozialpolitischen Richtlinien des IGB und eines Erklärungsprogramms auf der Tagesordnung, ferner die Fragen des

Partei-Nachrichten

Sitzung des Parteiausschusses

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratie befaßte sich am Dienstag unter dem Vorsitz von Otto Weis mit den jüngsten politischen Ereignissen, über die Reichstagsabgeordneter Reichsleiter ein eingehendes Referat erstattete. Die Aussprache, die insbesondere dem bevorstehenden Wahlkampf galt, zeigte hinsichtlich der Führung dieses Kampfes gegen den Faschismus völlige Übereinstimmung und entschlossenen Kampfeswillen. In seinem Schlusswort gab der Führer der Partei Otto Weis der Hebung des Ausdrucks, daß die Sozialdemokratie auch die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich überleben werde.

Gemeinderat Martin Arheiß-Grödingen †

Das Leben eines schlichten aber umso mehr tätigen Parteigenossen hat der Tod am 7. Juni ausgelöscht. Ein hartes arbeitsreiches Leben, das schon in der Jugend seinen Anfang nahm und im Alter sich steigerte, bis sich vor einigen Monaten ein Gallenleiden einstellte, hat ein Ende gefunden. Martin Arheiß war in Grödingen Jahrzehnte in Partei und Gewerkschaft tätig. Die Partei hat ihn jahrelang als effizienten Funktionär auf verschiedenen Posten gestellt. Die er immer zur Zufriedenheit ausfüllte. Seine Arbeit galt der bebrüteten Arbeiterkassen, überall, wo es im Gemeinderat oder war es in der Eigenschaft als Betriebsrat sowie als Gewerkschaftler. Seine Erfahrungen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bewiesen, welche überzeugende sozialistische Weltanschauung ihm zu eigen war. Weit über die Grenzen seiner Heimatgemeinde war er bekannt und tätig. Sein offenes Leben und sein temperamentvoller Einsatz für Recht und Freiheit waren für manche ein gutes Beispiel. Wir trauern um so mehr um unseren Genossen Arheiß, weil wir gerade in der heutigen Zeit solche Männer brauchen, aber sein Wirken und Schaffen wird in der Partei in dankbarer Erinnerung bleiben.

Werber für den Bücherkreis!

Unsere parteigenössliche Buchgemeinschaft „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7, sucht in allen Teilen des Reiches in den Betrieben und größeren Büros Vertrauensleute, Genossinnen und Genossen, die bereit sind, als Werber tätig zu sein und evtl. eine Zahlstelle oder Untersatzstelle übernehmen möchten. Bitte wir, sich mit den bestehenden Zahlstellen oder mit der Hauptgeschäftsstelle in Berlin in Verbindung zu setzen. Für jedes neu gewonnene Mitglied wird eine Werberprämie von 1 RM. ausbezahlt. Für zwei neue Mitglieder wird ein Bücherkreiswert von 4,30 RM. abgeben. Werbematerial steht zur Verfügung.

Positive Kulturpolitik

Waffen im Kampf gegen den Faschismus.

„Wir glauben, daß eine Debatte über die kulturpolitischen Fragen heute wichtiger ist denn je, da wir den schweren Kampf gegen die faschistische Gefahr um so wirkungsvoller führen können, je mehr wir uns der politischen Ziele des Sozialismus bewußt sind.“ Das sind die Sätze der Rede von dem „Sozialistischen Bildungsprogramm“ im Rahmen der „Sozialistischen Bildung“. Unter Berücksichtigung der ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen werden in diesem Aktionsprogramm eines Parteitag-Kollektivs der Reihe nach die aktuellsten „Forderungen“ behandelt, darunter: „Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden“, „Mittelbarkeit für Erziehung, Schule, Bildung und Forschung“, „Einheitslohn im Aufbau unseres Bildungswesens“. Berücksichtigt werden ferner Lehrerbildung, Berufsschulwesen, höhere Schulen und Universitäten und endlich außer-schulische Bildungseinrichtungen wie Arbeitervereine, Film und Rundfunk. Geleitet wird entschieden: Unterricht an allen Schulen im Geiste der Menschlichkeit, Solidarität und Völkerverständnis. Hinzukommen: Maßnahmen gegen die geistigen und seelischen Gefahren der Arbeitslosigkeit. Diese Forderung leitet über zu dem Aufsatz von E. Marquardt „Lernschule und Tagesheim für Arbeitslose“. Von R. Müller wird auf die „Arbeits- und Volkshilfsstellen“ hingewiesen, insbesondere das Archiv der Sozialdemokratischen Partei in Berlin mit seinen reichen Schätzen an sozialistischer Literatur berücksichtigt. In seinem Artikel „Waffen gegen die Faschisten“ liefert E. Böse: eine kurze Skizze nationalsozialistischer Sozialpolitik mit nachfolgender wichtiger und fester Bibliographie. In der Beilage „Sozialistische Erziehung“ bewahrt R. Zimnitsch die große Bedeutung des „Festsagers als Arbeiterbildungshilfe“. R. Adams gibt praktische Material über „Unsere Winterhilfe für die Kinder von Arbeitslosen“.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ ist zum Preise von 1,50 M für ein Vierteljahr durch die Post über den Verlag J. S. W. Lieb, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Hg. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, heißt Probenummern gern zur Verfügung.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Bl. 1 und 5

Freitag, 10. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft in der „Gambirushalle“ (Ludwigsplatz). Alles hat zu erscheinen.

Deutsche zweiter Güte

Frolet, du stehst zur Zeit nicht hoch in Achtung. Wie immer, wenn man deiner nicht bedarf, 's ist dieser Zeit betrübliche Umnachtung. Die dich so lieblos auf den Keckheit wart.

Dir fehlt, sagt man, der Sinn fürs Nationale. Weil du verstümmelt und nur verwundert schauft. Wenn aus der Gurgeln kindlichem Geräusche Der Ruf zum Krieg wie Donnerhall erbraut.

Die Förderung der völkischen Besänge. Die traut ein rechter Deutscher dir nicht zu. Denn Faschismus ist bei dir im Schwange Statt Wortbesieger, du „Landesverräter“, du! —

Nach dir nichts draus! Man schimpft dich nur im Frieden. Das war in früheren Zeiten auch schon so; Kommt Krieg, ist Anerkennung dir beschieden, Dann sind sie wieder deiner Treue froh.

Es gibt im Land dann keinerlei Parteien. Man kennt dann „nur noch Deutsche“, wird man brüllen. Man wird dir ungeachteten Wert verleihen. Sobald dein Leib ein Massenrad hinst füllt.

Ferdinand Madlauer

Kedensarten oder Programm

Die Programm-Erklärung der Nazi-Barone

Die Reichsregierung tut in ihrer Erklärung die Frage der Finanzen bei Reich, Ländern und Gemeinden, auf die sich während der letzten Jahre die Regierungsgattungen überhaupt konzentrierten, mit einer bemerkenswerten Kürze ab. In einem einzigen Satz wird die Behauptung aufgestellt, daß „die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden erschütterter“ seien.

Wenn das wirklich wahr wäre, dann müßte die Regierung sagen, wie sie die Grundlagen wieder herzustellen gedenkt. Wie sie sich die Gesundung der Finanzen bei Reich, Ländern und Gemeinden denkt. Diese Aufgabe hat eine Regierung in Ländern, wo es Sitte ist, die Finanzen in Ordnung zu halten. Für die Regierung der Schlotbarone und Junter scheint aber dieses Gebot nicht zu bestehen. Dagegen fördert man mit Erklärungen, wie sie die Regierung am Samstag abgeben hat, die Panikstimmung, die sich bereits nach dem Sturz der Regierung Brüning zeigte. Was soll sich der Mann im Volke denken, dessen Reichsregierung erklärt, die Grundlagen der öffentlichen Finanzwirtschaft sind völlig erschütterter, und dem dieselbe Reichsregierung jede Verantwortung schuldig bleibt, welche Mittel sie zu einer Sanierung hat und anwenden will? Die Folge kann nur sein, daß das Vertrauen in unsere Währung und zu unseren öffentlichen Finanzen einen neuen Sturz erhält. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn sich die Folgen demnächst in unserem Wirtschaftsleben zeigen.

Angesichts dieses kläglichsten Kunststückes der Nazi-Barone möchte man auf den Gedanken kommen, daß der Herr von Papen irgend einer Vorkriegszeit angehört. Oder plagt die Reichsregierung schon die Last des bösen Gewissens? Sieht man bereits die Defizite, die aus einer Politik erwachsen müssen, die völlig auf die Interessenbauten in der Großlandwirtschaft und der Schwerindustrie abgestellt sind? Dann können wir nur sagen, daß es vergebliche Liebesmühe ist, die Verantwortung, wie das an mehreren Stellen der Regierungserklärung wohl gedacht ist, auf andere abwälzen zu wollen. Denn die Dinge liegen doch so: Die öffentlichen Finanzen sind keineswegs erschütterter! Wer das behauptet, behauptet etwas, das den Tatsachen nicht entspricht.

Selbstverständlich ist die Krise an den Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden nicht spurlos vorbeigegangen. Die Steuer- und Zolleinnahmen haben sich mit sinkendem Verbrauch stark verringert. Das Reich hat eine Steuerpolitik getrieben, die Besitz und hohe Einkommen schonte. Mit dem Bestreben, Besitz und Vermögen zu schonen und die Steuerlast einsam und allein den breiten Massen aufzubladen, mußten Einnahmeausfälle entstehen, die nicht mehr auszugleichen waren, indem man Massen und Massenverbrauch immer härter besteuerte. Die Einleitung einer sinnlosen Handelspolitik verringerte die Einfuhren und die Zölle.

Andererseits überließ man den Gemeinden die Sorge für die Erwerbslosen, für die Arbeitsunfähigen, für die Invaliden. Es gibt heute Städte, die fast ausschließlich ihre Einnahmen dazu benutzen, die Lasten für die Wohlfahrtsverbände zu bestreiten. So ist die finanzielle Not der Gemeinden entstanden. Wenn die Finanzwirtschaft der Gemeinden nicht so gesund wäre, wie es der Fall ist, dann wäre es unmöglich gewesen, die Dinge bis jetzt zu halten.

Die Regierung Brüning hat nun angesichts dieser Entwicklung erklärt, daß die von der deutschen Sozialdemokratie seit Jahren ge-

forderte Sanierung der Gemeindefinanzen dringende Notwendigkeit ist. Die Regierung Brüning wollte diesen Weg gehen, ohne das System der Sozialversicherung zu zerbrechen, ohne die Arbeitslosenversicherung aufzuheben.

Sicherlich war das eine Ursache für den Sturz des Kabinetts Brüning mit. Diejenigen, die dieses Kabinett fürzten, verleumdete nicht die Gemeinden, indem sie von der Zerrüttung ihrer finanziellen Grundlagen sprachen und die Dinge so verlaufener, daß der Außenstehende den Eindruck haben muß, die Gemeinden haben ihre Finanzen mutwillig selbst erschlagen. Dagegen kein Sterbenswörtchen, wie man sich die Hilfe für die Gemeinden denkt... Sorge für die Erwerbslosen scheint eine Sache zu sein, die die Regierung der Barone und der Monatel sehr wenig interessiert.

In dem bereits erwähnten Paniktag wird Preußen besonders genannt. Das kann nicht Wunder nehmen; den Preußen hat man ja in jenen Kreisen, deren Vertreter heute im Reich regieren, jahrelang als das „rote“ Preußen verächtet. In Preußen ist nun während des Jahres 1931 ein Defizit entstanden. Es wäre angeht der Krise und der sinkenden Einnahmen auch unvorstellbar, wenn das nicht der Fall sein würde. Aber das Defizit in Preußen von rund 300 Millionen Mark hält sich, gemessen an den Ausgaben, die Preußen zu leisten hat, in Grenzen.

Man muß der preussischen Finanzwirtschaft wohl das Zeugnis ausstellen, daß sie sorgfältig und hausvaterlich verwaltet hat, wie die preussische Finanzverwaltung in der Nachkriegszeit in der ganzen Welt als ein Vorbild galt und noch gilt. Wie man angesichts dieser Tatsache von einer Zerrüttung der Grundlage in den preussischen Finanzen sprechen kann, bleibt unerfindlich und verantwortungslos.

Man mag auch über die Finanzpolitik des abgetretenen Kabinetts Brüning denken, wie man will. Diese Finanzpolitik war unsozial. Sie hatte arge Härten. Sie hat die Länder knapp gehalten und die Überweisungen schonungslos gestrichelt. Sie trägt ihr gerütteltes Maß von Schuld an der Finanznot der Gemeinden. Aber man muß der Regierung Brüning nachsagen, daß sie geordnete Finanzen hinterlassen hat. Im Jahre 1931 ist im Reich ein Defizit von nur wenigen Millionen entstanden. Es gibt kein Land in der Welt, das finanziell so sauber verwaltet hat wie das Deutsche Reich während der Regierung Brüning. Es gibt kein Land in der Welt, dessen Finanzgrundlagen so intakt sind wie die des Deutschen Reiches. Sehen wir nach Amerika. Dort ist in derselben Zeit ein Defizit von 12 Milliarden entstanden. Frankreich hat in derselben Zeit seine Finanzreserve in Höhe von 20 Milliarden Franken aufgezehrt. Deutschland hat unter dem Kabinett Brüning Schulden abgezahlt. Die Gerechtigkeit gebietet es, diesen Tatbestand zu unterstreichen.

Wir wären froh, falls die Regierung von Papen, wenn sie einmal abtritt, dieselben geordneten Finanzen hinterläßt, wie das die Regierung Brüning tat. Die Regierung von Papen hat eine finanzielle Erbschaft im Reich angetreten, die nicht überschuldet und in ihren Grundlagen gesund ist. Wenn dieselbe Regierung aber jetzt von der Zerrüttung der finanziellen Grundlage spricht, muß auch der Dummheit heilhörig werden. Deshalb müssen wir feststellen, daß alles, was auf dem Gebiet der Reichsfinanzen sich in Zukunft noch ereignen wird und ereignen kann, unter der ausschließlichen Verantwortung der neuen Regierung fällt.

Geschwätziges Schweigen

Papens Antifaschprogramm

Hier wäre sie also schon, die „schweigende Tat“, von der die Nazis dieser Tage großspurig im Preussischen Landtag als Beginn ihres Regiments gepredigt haben. Die Kriegserklärung der Papen-Regierung gegen die Arbeiterklasse — sie ist eine Tat der Unaufrichtigkeit; denn sie schwört sich heimlich gerade über all die Dinge aus, worüber die Volksmassen jetzt, wo ein neuer Reichstag gewählt werden soll, genau Bescheid wissen wollen. Den Sunagarden und Darbenden gibt man keine Klarheit. Man bietet ihnen als Programm einen Dorn voll Dornen.

Als die Papen-Regierung gebildet wurde, hieß es in der Presse der Schlot- und Krautbarone, jetzt werde mit den Notverordnungen ein Schluss gemacht. Kommt es aber die neue Regierung da, da erklärt sie, sie sei gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen durchzuführen. Das eine neue Notverordnung kommt, braucht die Papen-Regierung dem Volk erst nicht besonders zu sagen. Das Volk will wissen, was in der Papen-Notverordnung steht. Was darin stehen soll, das haben die Hintermänner der Regierung der Hitlerbarone doch längst ausgeheckt. Warum rückt man nicht mit der Sprache heraus?

Da sind die Arbeitslosen. Sie möchten wissen, was aus dem Arbeitslosenstand wird. Da nicht einmal Herr Goerdeler den Posten des Reichsarbeitsministers im neuen Kabinett übernehmen wollte, darf man annehmen, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht nur umorganisiert, sondern gründlich abgebaut wird. Das neue Arbeitsmittel der Nazis besteht nicht im Arbeitslosenschatz, sondern im Arbeitsdienst, im freiwilligen wie im unfreiwilligen. Damit soll die Arbeitslosenfrage gelöst werden. Was aber soll mit dem freiwilligen Arbeitsdienst geschehen? Das Siedlungsprogramm der Regierung Brüning soll doch nicht mehr durchgeführt werden. Die Junter wollen den tranken Großgrundbesitz Mittelbiens nicht zur Siedlung bereitstellen, sondern ihn auch weiterhin mit allgemeinen Mitteln zum Schaden der Allgemeinheit über Wasser halten. Ohne Siedlungsprogramm hängt aber der ganze freiwillige Arbeitsdienst in der Luft. Mit dem Dienst sollten doch volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden. Was sollen denn die Freiwilligen, wenn nicht gebildet wird, eigentlich schaffen? Sollen die SA-Leute, die man in den freiwilligen Arbeitsdienst überführen will, nur exerzieren? Exerzieren schafft aber keine volkswirtschaftlichen Werte.

Da sind die Invalidenrentner. Sie möchten gerne wissen, was aus der Invalidenversicherung wird. Wie steht es mit der Stellungnahme der Papen-Regierung zur Sozialversicherung überhaupt? Im Papen-Programm ist die Rede davon, daß die Sozialversicherung vor dem Bankrott stehe. Das Volk brauchte keine neue Regierung, damit man ihm von den Finanzschwierigkeiten der Sozialversicherung erzählt. Daß diese Schwierigkeiten bestehen, weiß längst alle Welt, und auch, warum sie bestehen. Wie die Sozialversicherung saniert werden soll, darüber wollen die Rentner Bescheid wissen. Aber darüber schwieg sich das Papen-Programm in allen Tonarten aus, und dieses Schweigen muß nutzlos machen. Will man die Sozialversicherung gänzlich abhandeln lassen?

Die dümmste Phrase im Papen-Programm ist die vom Wohlfahrtsstaat. Die Nachkriegsregierungen, so heißt es in dem Programm, hätten den Staat zu einer „Wohlfahrtsanstalt“ zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Ach du lieber Gott! Nun plappert die Papen-Regierung auch noch wie ein Papagei den Horneffern und ähnlichen Toren ihren Wölsinn nach. Als vor Jahren der Sturm auf die Arbeitslosenversicherung einsetzte, schimpfte die Unternehmerrasse laudand Landad auf die faulen Arbeitslosen. Heute, nach drei Jahren steigender Arbeitslosigkeit, züht man überall den erstauflischen Arbeitseifer, den die Arbeitslosen überlassen, sobald man ihnen nur ein bißchen Möglichkeit dazu gibt. Überall an der Peripherie der Großstädte wird gesammelt, geordnet und gepflanzt. Die Arbeitslosen versuchen sich mit einer Wohnlaube und einem Stückchen Garten eine kleine und eine Existenz zu schaffen, und die Propagandisten des freiwilligen Arbeitsdienstes sitzen und sagen Tag für Tag von dem Andrang der jugendlichen Arbeitslosen zu den Arbeitsmöglichkeiten, die durch den Dienst geboten werden. Und da kommt nun eine Papen-Regierung heute noch mit dem faden Geschwätz vom Wohlfahrtsstaat.

Der Papen war im übrigen doch früher auch einmal in Amerika. Seine „Glansleistungen“ als Aktivist während des Krieges sind ja zur Genüge bekannt. Man darf wohl annehmen, daß er auch jetzt noch ab und zu eine amerikanische Zeitung liest und eine Ahnung hat von dem furchtbaren Arbeitslosenelend, das drüben herrscht. Drüben wäre man heute überall glücklich, wenn man in einer „Wohlfahrtsanstalt“ leben könnte. Man wäre froh, wenn man eine Arbeitslosenversicherung hätte, und wenn eine Sozialversicherung zum Schutz der Kranken, der Invaliden und der Alten da wäre. Die vielgerühmte Selbsthilfe — drüben hat sie in der Zeit der Not kläglich versagt. „Eins ist klar, daß die Massenarbeitslosigkeit heute mit arauen Tausenden an die Tore Amerikas schlägt und im Begriff ist zum Motor einer kollektiven staatlichen Sozialpolitik zu werden, die Amerika bisher nicht kannte.“ So schrieb am 15. März Der Arbeiter, die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und da kommt eine Papen-Regierung von neuem mit dem dämlichen Geschwätz über den „Wohlfahrtsdienst“. Laufen die Hitlerbarone mit Scheuklappen in der Welt herum?

Den Hitlerknechten, d. h. den armen Teufeln, die sich durch Hitlers Phrasen ans Gängelband der Barone binden lassen, könnte das Antifasch-Programm der Papenregierung endlich die Augen öffnen. Noch sind die Wahlen nicht vorüber; die Papenregierung hätte sich dabei, schon jetzt ihre Karten aufzudecken. Immerhin schon ihr bischriges Antifaschprogramm ist eine feine Befehzuna.

Verleitet: Georg Schöppin, Verantwortlich: Politik, Kreisrat Baden, Volkswirtschaft, Gemeindefinanz, Soziales, Gesundheit, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Verkehrswirtschaft, Ernährungs- und Gesundheitspolitik, Kurier, Aus Mittelbaden, Gesundheitswesen, Karlsruhe, Umgebung, Sozialistisches Forum, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Kuckucker, Die Welt, Verantwortlich für den Anzeigen: Gustav Krüger, Eilmilch wohnhaft in Karlsruhe.

Soziale Rundschau

Aufruf

Wer nimmt Thüringer Kinder auf einen Monat in seiner Familie auf?

Alle tragen wir heute bitter schwer an den Folgen einer ungeheuren Wirtschaftskrise, die gerade von der Arbeiterschaft große Opfer gefordert hat.

Wir können und wir wollen ihnen helfen. Unsere Sorge gilt vor allem den Arbeiterkindern, die von den Entbehrungen ja am härtesten getroffen werden.

Die Arbeiterbewegung will diesen jungen Menschenkindern für einige Wochen ein sozialeres und freundlicheres Dasein schaffen.

Wir hoffen, daß sich im badischen Lande überall Familien finden, die auf die Dauer von vier Wochen (8. Juli bis 8. August) ein Kind zur Pflege und Erholung bei sich aufnehmen können und wollen.

Die Hilfsbereitschaft unserer Freunde und Genossen in Baden muß es ermöglichen, eine möglichst große Anzahl von Kindern hier unterzubringen.

Jeder Familie, die bereit ist, ein Kind aufzunehmen, gibt der Landesauswahl für Arbeiterbewegung Baden, Mannheim, N 4, 20, Telefon 30 477, gerne und bereitwillig Auskunft und Rat.

Familien, die ein Kind aufnehmen möchten, wollen der obengenannten Organisation Name und Adresse angeben.

Die Arbeitslosen und die kommenden Reichstagswahlen

Der Zentralverband der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Karlsruhe, hatte seine Mitglieder auf vergangenen Montag in das Volkshaus zu einer Versammlung eingeladen.

Wie immer, wenn es galt, für die Interessen der Arbeitslosen einzutreten, war der Saal voll besetzt. Nicht zuletzt war auch das Interesse durch die Erklärung der heutigen deutschen Reichsregierung.

Der Leiter der Ortsgruppe, Herr Thomas, als Referent zeigte in 15stündigen Ausführungen, wozu es führen würde, wenn in Deutschland der Weg gegangen werden würde, den sich die Reichsregierung zum Ziele gesetzt hat.

Ausgehend von der Einführung der Sozialversicherungsleistungen zeigte er an praktischen Beispielen, wie die freien Gewerkschaften und die größte deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, sich für den Ausbau der sozialen Einrichtungen eingesetzt haben.

Wenn es auch vor dem Kriege nicht immer möglich war, die sozialen Belange der Arbeitslosen so zu wahren, wie es notwendig gewesen wäre, so ist aber in der Nachkriegszeit ein Umwandlung in dieser Frage eingetreten.

Wenn heute die Behauptung aufgestellt wird, daß die Nachkriegsregierungen einen „Wohlfahrtsstaat“ aufgebaut haben, so ist dem entgegenzusetzen, daß dieser „Wohlfahrtsstaat“ sich nur zu einem geringen Teil für die Opfer der Arbeit sich auswirkt hat.

Der Redner dieses „Wohlfahrtsstaates“? Diese Frage kann klar und deutlich beantwortet werden insofern, als diejenigen, die uns 1914 haben besseren Zeiten entgegenführen wollen, die Kutschker dieses sogenannten „Wohlfahrtsstaates“ sind.

Es ist heute eine Tatsache, eine derartige Behauptung auf die Arbeitslosen umzusetzen. Wenn heute eine Sozialversicherung besteht wird im Durchschnitt von 35 M., so kann nicht gesagt werden, daß mit diesem Einkommen ein Leben führen kann, wie es einem ordentlichen Menschen ziemt.

Es wird aber von der Sozialreaktion kein Mittel unversucht gelassen, der Sozialversicherungsgesetzgebung den Strich durchs Leben zu ziehen. Die Moral ist nicht geklungen bei den Opfern der Arbeit und den Arbeitslosen, sondern bei der Wirtschaft, die vom Reich Subventionen verlangt.

Der Redner appelliert an die Versammlung, sich bei der Reichstagswahl dafür einzusetzen, daß die Sozialreaktion nicht triumphiert und daß es möglich ist, wenn jeder Arbeitslose sich helfen bewußt ist, daß nur eine Partei, die Sozialdemokratie, intensiv für die Belange der Arbeitslosen eingetreten ist.

Heute geht es nicht an, ein neutrales Mäntelchen sich umzuhängen, denn es geht um Genuß, es geht darum, soll nicht die Deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die Arbeitslosen in die Zeit der achtziger Jahre zurückgeworfen werden.

Daß der Redner den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hat, zeigte der Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Nach geschäftlichen Mitteilungen schloß Kollege Klinger die impetante verlaufene Versammlung.

Ein auch Arbeitslose liegt es nun, sich einzureihen in die größte Organisation des Zentralverbandes der Arbeitslosen, um mit den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie den schweren Kampf gegen die Sozialreaktion zu führen.

Tagungen

23. Bühl. Der Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger wird seine nächste Tagung in Bühl abhalten.

Der Bad. Weinbauverband hält seinen diesjährigen Verbandstag am Sonntag, den 3. Juli, in Bruchsal ab.

Am Samstag, den 18. Juni, findet in Heidelberg die Landesversammlung des Bad. Kruppwerkvereins statt.

Freiburg i. Br., 5. Juni. Der Reichsverband des Deutschen Elektro-Industriegewerbes e. V. Frankfurt a. M. hielt hier seinen 30. Verbandstag ab, zusammen mit der Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Württemberg-Baden.

25. Landesverbandstagung der badischen Feilwerkmeister. 23. Bühl, 6. Juni. In Bühl fanden sich die Vertreter des Feilwerkerverbandes aus allen Teilen des badischen Landes zur 25. Landesverbandstagung zusammen.

23. Adolphsdorf, 6. Juni. Hier fand Samstag und Sonntag der 29. Verbandstag der badischen Arbeiterbildungsvereine, verbunden mit dem 70. Stiftungsfest des örtlichen Vereins statt.

Die freie Vereinigung Badischer Krankenkassen im Jahre 1931

Sonntag, 12. Juni, findet in Heidelberg die ordentliche 36. Landesversammlung der freien Vereinigung Badischer Krankenkassen statt.

Der Geschäftsführer der Vereinigung, Landtagsabgeordneter Graf (Worsheim), leitete die Landesversammlung ein.

Geschäfts- und Kassenbericht. Der Bericht über die Tätigkeit der badischen Krankenkassen im vergangenen Jahre gibt, und in ebenso ausführlicher Weise über den derzeitigen Stand der Kassen unterrichtet.

Der Geschäftsbericht stellt einleitend fest, daß auch im abgelaufenen Jahre durch Notverordnungen Änderungen in der Krankenversicherung von großer Tragweite verurteilt worden seien.

Der Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

Unsern Bericht führt diese Änderungen an, deren wichtigste und schlimmste mit der Einschränkung der Selbstverwaltung ist, wozu noch komme, daß sich die Aufsichtsberechtigten in manchen Fällen noch mehr Rechte anmaßten, als ihnen nach dem Gesetz zustünde.

gent, die Ausgaben für Verste um 9,82 Prozent, für Arznei um 14,92 Prozent, für die Krankenhauspflege um 9,53 Prozent.

Die persönlichen Verwaltungskosten sanken um 4,60 Prozent, die tatsächlichen Verwaltungskosten nahmen um 2,40 Prozent zu.

Nach einem Vergleich mit den Einnahmen und Ausgaben der reichsgesetzlichen Krankenkassen stellt der Bericht fest, daß die Krankenversicherung nur lebensfähig erhalten werden kann, wenn die Sachleistungskosten in ein entsprechendes Verhältnis zu den Beitragseinnahmen gebracht werden.

Für die Dauer sei es untragbar, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Für das Jahr 1931 haben die Rücklagen angegriffen werden müssen, was auf die Dauer nicht augeht.

Es würde aber die Grundlage der Krankenversicherung erschüttern, wenn die Sachleistungen überhaubit abgebrochen und an ihre Stelle ungenügende Leistungen treten würden.

Bei den Krankenhäusern und den Arztkosten wäre noch eine Senkung möglich. Schörrer wendet sich der Geschäftsbericht gegen die Kritik des badischen Sargtuchens.

Die Sparkommission habe auch nicht den geringsten Versuch gemacht, vor Erstattung dieses Gutachtens mit der Vertretung der Krankenkassen in Verbindung zu treten und das Material, das ihr vorgelegt worden wäre, zu prüfen.

Man habe statt dessen unkontrollierbare Zeitungsnachrichten zur Richtschnur genommen. Die Geschäftsleitung habe deshalb auch beim Minister des Innern Einspruch erhoben.

Der Bericht stellt fest, daß die von Reich und Land eingeführte Gebaltsführungen auch bei den Kassenangehörigen durchgeführt worden sind, auch mußten wegen des Mitgliederbeitrags eine Reihe Angestellte entlassen werden.

Die kleine Erhöhung bei den tatsächlichen Verwaltungskosten habe ihre Ursache nicht in einer ungeschickten Ausgabenfreudigkeit der Kassen, sondern in den neuen Vorschriften über die Rechnungsführung, wonach der Wert der Ausgaben von Inventar und Verwaltungsgebäude unter dieser Ausgabe gebracht werden muß.

Unter „Einzelheiten“ wird über das Verhältnis zu den Ärzten berichtet, über das Verhältnis zu den Zahnärzten, Zahnärzten und Dentisten, über Arznei und Heilmittel, Apotheker und Optiker, über die Beziehungen zu den Krankenhäusern, über die Vereinbarungen mit den Geborenen, über die Angestelltenfragen, über Gehalt und Verwaltungsfragen, über das innere Verbandsleben, im ganzen eine umfassende und lehrreiche Aufstellung über die Arbeit im abgelaufenen Jahre seit Bestehen der hauptamtlichen Geschäftsstelle die größte und aufrechten war.

Wenn der Bericht anschließend verlangt, daß über die Notzeit hinweg die Krankenversicherung in eine bessere Zeit hinübergerettet werden müsse, so kann man sich diesem Verlangen und Wunsch im Interesse der gesamten Arbeiterschaft nur anschließen.

Aus aller Welt

Sagad, 7. Juni. Bei dem Brande eines Hauses kamen heute eine Mutter und ihre fünf Kinder im Alter von drei bis zwölf Jahren durch Giftgas ums Leben.

Sie hatten sich in den Keller des Hauses geflüchtet. Dem erblindeten Vater gelang es, sich zu retten. Autounfall bei Prag.

Prag, 7. Juni. Ein aus Selbstkommander Autobus stieß mit einem Lastkraftwagen zusammen. Der vollbesetzte Autobus überschlug sich und kippte in den Straßengraben.

29 Personen wurden verletzt, darunter sechs schwer. Kommunistische Kundgebungen in Bonn.

Bonn, 7. Juni. Heute nachmittag gegen 5 Uhr versammelte sich auf dem Marktplatz eine größere Menschenmenge, meist Angehörige der KPD, um eine Demonstration durch die Stadt zu veranstalten.

Ein großes Polizeiaufgebot säuberte den Marktplatz und die anliegenden Straßen und nahm 41 Personen fest, darunter den Führer der Ortsgruppe Bonn der KPD, Stadtvorordneten Parsch. Der Marktplatz wurde für einige Zeit abgesperrt.

gegen 19 Uhr bewegte sich der Verkehr wieder in normalen Grenzen. Schiffsunglück an der Küste von Kamtschatka.

Tokio, 7. Juni. Vor der Ostküste Kamtschatkas ist ein japanischer Dampfer im Nebel auf Grund gelauten. Die Funkenanlage des Schiffes meldete gestern, daß die Besatzung den Dampfer verlassen werde.

Da man seither keine Nachricht mehr erhalten hat, ist man über das Schicksal der 340 an Bord befindlichen Personen sehr besorgt. Zusammenstoß des Schnellzugs Warna—Sofia.

Sofia, 7. Juni. Wie „M. Ek“ aus Sofia erfährt, stieß gestern nachmittag der Schnellzug Warna—Sofia bei der Durchfahrt durch die Station Michalki mit einer Rangierlokomotive zusammen.

Fünf Personenwagen wurden zertrümmert und beide Lokomotiven zerstört. Die Tagung wurde am Samstag eingeleitet durch eine Ausschuß- und Obermeisterstimmung, die in Vorbereitung der Punkte für die Landesversammlung über vier Stunden dauerte.

Die Landesversammlung über vier Stunden dauerte und eine recht lebhaft ausgeprägte herbeiführte. In Anwesenheit von Vertretern von Stadt und Bezirksamt, des Ministeriums des Innern und Unterriess, der badischen Handwerkskammer, der Landesverbände, münsterbergischer und bayerischer Wagnermeister und etwa hundert Verbandsmitgliedern aus ganz Baden, begann am Sonntag vor-mittag 10 Uhr im Rahmenaal die Hauptversammlung der Tagung unter dem Vorsitz von Wagnermeister Seifhans (Karlsruhe). Nach den Begrüßungsreden wurden die Regularien erledigt.

Gruppe Ost: Rote und Jungfrauen: Mittwoch, 6-8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim. Gruppe Süd: Rote und Jungfrauen: Mittwoch, 6-8 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim.

Gruppe West: Rote und Jungfrauen: Mittwoch, 6-7 Uhr Zusammenkunft an der Gutenbergstraße.

Stationen vollständig zerstört. Von den Reisenden erlitten sieben schwere und 20 Passagiere und Bahnbeamte leichtere Verletzungen.

Der Stationsbeamte vom Dienst wurde verhaftet, weil er heraufgeführt hat, daß eine Fahrlässigkeit den Zusammenstoß verursacht hatte. Vier Todesopfer des Mindener Autounfalls.

Kiel, 7. Juni. Wie von der Nachrichtenabteilung des Stationskommandos der Mfsee mitgeteilt wird, sind zwei weitere Verunglückte der Mindener Autokatastrophe ihren Verletzungen erlegen.

Dadurch erhöht sich die Zahl der Toten auf vier. Zwei Marineangehörige schwanden noch in Lebensgefahr. Von seiner Frau erschossen.

Colmar, 7. Juni. In Bühl, bei Gebweiler, wurde der Bergmann Alfons Sud im Laufe eines Wortwechsels von seiner Frau erschossen.

Der Mann hatte als er, angeheint angetrunken, nach Hause kam, von seiner Frau eine Flasche Bier verlangt, die diese ihm verweigerte.

Er stürzte sich auf seine Frau, und diese hielt ein Küchenmesser vor sich, in das der Mann hineinrannte. Der Stich traf das Herz, und der Mann war sofort tot. Die Frau wurde verhaftet. Ein Flugzeug faßt in eine Viehherde.

Strasbourg, 7. Juni. Während eines Übungsfluges fuhr ein Flugzeug des 33. Fliegerregiments, das zur Zeit auf dem Flugplatz Saarburg eine Übung macht, in eine Viehherde.

Eine Kuh wurde getötet, der Apparat beschädigt. Die beiden Insassen blieben unverletzt. Familientragödie.

Strasbourg, 7. Juni. Der Maurer Speich geriet mit seiner Frau in einen Wortwechsel und brachte ihr mit einem Messer mehrere Stiche in Kopf und Brust bei.

Da er sie für tot hielt, durchschmitt er sich die linke Pulsader und brachte sich mehrere Stiche in die Herzgegend bei. Die beiden Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Gruppe Daxlanden: Rote Falken: Samstag von 5 bis 7 Uhr Zusammenkunft in der Zucht.

Jungfrauen: Mittwoch von 1/3 bis 1/5 Uhr Zusammenkunft in der Zucht. Gruppe Ruppurr: Samstag 3 Uhr Zusammenkunft im Rindergarten.

Alle Falken von Groß-Karlsruhe, die Interesse am Sporlein haben, treffen sich über den Sommer jeden Samstag mittag von 4 Uhr ab auf dem freien Turnerplatz, woselbst sie in allen Sportarten unterwiesen werden.

Gesetz: Diese Woche keine Sitzung. Ist Ihr Kind kräftig genug für die Schule? Manche Kinder gehen so früh und unbekümmert zur Schule.

Andere aber haben ein geübtes Gewissen vor allem, was Schule oder Lernen heißt. Ist sie gar nicht ungeduldig; sie sind nur körperlich schwächer.

Ihre Nerven vertragen zu schnell — sie ermüden zu leicht. Viele Mütter haben die Erfahrung gemacht, daß ein richtiger Kraftausdruck zu dem täglichen Frühstück einem solchen Kinde eine unverhoffte Widerstandsfähigkeit verleiht.

Sie geben dem Kinde ein paar Teelöffel der wohlschmeckenden Ovomaltine morgens in die Milch oder den Kaffee. Ovomaltine — eine konzentrierte Kraftnahrung aus Malz, Milch, Eiern und Kakao — ist seit Jahrzehnten in aller Welt bekannt und wird von den Ärzten empfohlen.

Sport

Arbeitersportbewegung und politische Situation

Denkt an die Reichstagswahl!

Eine am letzten Sonntag in Neckarelz tagende Unterbezirkskonferenz des Wahlkreises Heidelberg nahm folgende Entscheidung einstimmig an:

Die Unterbezirkskonferenz des Wahlkreises Heidelberg erachtet den Bezirksvorstand Baden, innerhalb des 32. Wahlkreises (Baden) die freien Sportorganisationen zu veranlassen, daß während der bevorstehenden Reichstagswahl alle sportlichen Veranstaltungen abgeleitet werden, soweit solche nicht ausgesprochen agitatorischen Zwecken dienen. Ein entsprechendes Erlauchen wolle der Bezirk Baden an den Vorstand der S.P.D. richten.

Stiftungsfeier des Arbeiter-Fußballvereins Ettlingen und Jugendtreffen des 3. Bezirks der Arbeiterradfahrer

Als würdiger Auftakt zu dem 10. Stiftungsfest des Arbeiter-Fußballvereins „Vorwärts“ fand am Samstagabend in der Festhalle ein Festbankett statt. Das Programm zu dieser Veranstaltung wurde eingeleitet mit mustergültig vorgetragenen Musikstücken der Kapelle Baumann. Gen. Joos-Karlsruhe residierte in vorzüglicher Weise aus den Werken von Freiligrath, Freytag, Baribels usw.; die Auswahl der Gedichte war eine sehr zweckmäßige und auf die derzeitigen politischen Verhältnisse passend. Nach den Preiswörtern des Vorsitzenden Gen. Ploß, der alle Erscheinenden, besonders aber auch die Vertreter der Stadt, herzlich willkommen hieß, überbrachte Genosse Dohs die Grüße und Glückwünsche des Arbeiterparteiartells und des Arbeitergefangenenvereins „Eintracht“. Lieberredner der „Eintracht“ unter Leitung des Sportigen, d. h. gumnastische und turnerische Vorführungen der Turnerinnen und Turner des Arbeiter-Turn- und Sportvereins, Vorführungen der „Roten Rebellen“ durch die S.M.S. Resitationen und Musikstücke wechselten in bunter Folge und umrahmten die Festansprache des Gen. Dohs, der ein Bild von dem Werden und Schaffen des Arbeiterfußballvereins „Vorwärts“ entwarf, aus dem zu ersehen ist, daß durch fleißige sportliche Arbeit der Verein auf eine anerkannter Höhe gebracht wurde. Es konnte eine ganze Anzahl von Sporttaoisten als Gründer des Vereins und für schätzbare Mithilfe dankbar geäußert werden; Sporttao. Dorn dankte für die Jubiläum und alle ermahnen im Verein ebenso treu auszuhalten und mitzuarbeiten, wie es die Jubiläre getan haben. Es muß gesagt werden, die Vereinsleitung verstand es, ein würdiges Festbankett zu arrangieren und fanden auch alle Mitwirkenden lebhaften Beifall für ihre Darbietungen.

Der Himmel machte zwar am Sonntagmorgen ein regnerisches Gesicht, und es schien, als ob der Wettergott kein Verständnis für die Arbeiterpartei hätte. Die angelegten sportlichen Wettkämpfe wurden auch durch den einkehenden Regen etwas verzögert, konnten aber doch vor den Mittagstunden unter zahlreicher Beteiligung durchgeführt werden, wobei bemerkenswerte Leistungen erzielt wurden. Das Ergebnis war: Dreikampf für Sportler: Lavinger Hermann 119 Punkte, Rupp Henr. 112 Punkte, Reichert Heinrich 91 Punkte. Dreikampf der Fußballer: Beder Oskar 56 Punkte, Böhmann Adolf 46 Punkte, Rupp Adolf 36 Punkte.

Nun folgten die Fußballspiele. Ettlingen-Jugend spielte gegen Wildbad II. Mannschaft und gewann nach schönem, wechselreichem Spiel mit 1:0. Dann ging es zur Mittagspause; die Festgäste wurden alle gut in Privatquartieren untergebracht und es sei an dieser Stelle allen Göttern für ihre Unterstützung herzlich gedankt. Jetzt rüstete man zum Festsaal, der gemeinsam mit den Teilnehmern des gleichzeitigen Ettlingens Räuern stattfindenden Jugendtreffens der Arbeiterradfahrer veranstaltet wurde. Eine stattliche Schar von Arbeiterfußballvereinen hatte sich mit ihrer Aktivität eingefunden, so daß der Festsaal ein farbenprächtiges Bild bot. Voran die Kleinen des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Ettlingen; anschließend die Aktivität der hiesigen Arbeiterpartei, Kultur- und Gewandvereine, denen die auswärtigen Fußballvereine folgten. Die Kanelle Krause hatte die Musikleitung übernommen. Der Festsaal der sportbegeisterten Arbeiterpartei war in folgender Paarung: Grünmetzger I — Wildbad I 2:2, Kormanns Ettlingen I — Neckarau I 0:2, Kansensteinbach I — Freie Turner Karlsruhe I 1:6.

Am Sonntagabend fand ein Festball statt, der so zahlreich besucht war, daß sich die Turnhalle als zu klein erwies. Um die Ritterstunde mußte man von den auswärtigen Gästen Abschied nehmen. Der Spielleiter der Neckarauer sprach namens der Gäste den Dank für die gastfreundliche Aufnahme aus. Parallel mit dieser Veranstaltung fand das Jugendtreffen des 3. Bezirks der Arbeiter-Radfahrer und Kraftfahrerbundes „Solidarität“ statt, dessen organisatorische Vorarbeit und Durchführung dem Arbeiter-Radfahrerklub Ettlingen übertragen war. Die Jugendstunde sowie die Tageskämpfe im Radsport setzten den Eifer und die gute sportliche Leistung der Radsportler unter Beweis. Auch der Montag brachte noch einige Sportmerkmale: „Vorwärts“ Ettlingen II — Arbeiterturnverein Ettlingen I 6:1, ferner Altherrenspiel „Vorwärts“ Ettlingen gegen „Eintracht“ Ettlingen 3:1.

Aus der Stadt Durlach

Durlach. Roter Faden. Achtung! Nicht wie besprochen am Donnerstag Probe, sondern am Freitag mit dem Gen. Kubne im Rest.

Marktberichte

Schweinaer Spargelmarkt vom 8. Juni. Zum Spargelmarkt waren etwa 30-35 Zentner angefahren. Es kosteten: 1. Sorte 35-40, 2. Sorte 20-25, 3. Sorte 15 Pfennig. Der Marktverlauf war lebhaft.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe. Parteid Vorstand. Heute um 18 Uhr im Volkshaus. Vorstandssitzung. Freier Hausfrauenbund. Unsere diesmalige Zusammenkunft findet ausnahmsweise statt Donnerstag, 9. Juni, diesmal am Freitag, 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Gartenstraße 25, statt. Genosse Dr. Wehmann hält einen Vortrag über „Freiwilliger Arbeitsdienst oder Arbeitsdienstpflicht?“ Bezirk Mittel- und Südweststadt. Heute Mittwochabend 8.30 Uhr im „Gambrius“ Bezirks-Mitgliederversammlung. Genosse Kimmelman spricht über „Die durch den Rücktritt des Kabinetts Brünning geschaffene Lage“. Parteigenossen, Genossinnen, erscheint zahlreich.

Revolution im Aether

Ultrakurz ist Trumpf!

Jules Verne wird Wirklichkeit - Die Sensation der Funkausstellung

In Kürze wird der größte bisher existierende Ultrakurzwellensender der Welt in Berlin in Betrieb genommen werden. Sieben andere, kleinere Sender arbeiten bereits seit Monaten verfuhsweise in verschiedenen Gegenden der Stadt.

Was bedeutet das? Nicht mehr und nicht weniger als eine nahe Revolution im Radiowesen! In der bisherigen Entwicklung des Rundfunks war noch niemals eine derart durchgreifende Umwälzung zu verzeichnen wie die, vor der wir unmittelbar stehen, und die sich mit der Eröffnung der großen Berliner Funkausstellung im Herbst auschlaggebend bemerkbar machen wird.

Ein Forscher, dessen jahrelanger Arbeit viel zu danken sein wird, ist Professor Claus in Jena, zur Zeit Rektor der dortigen Universität. In einem Gespräch skizzierte Professor Claus die interessantesten Gesichtspunkte der vergangenen und zukünftigen Entwicklung des Ultrakurz-Rundfunks.

Beherrscher der Atmosphäre

Bisher hat man in der drahtlosen Telephonie meist die langen Wellen - diejenigen über 50 Meter - für die Übertragung der Darbietungen verwendet. Die kurzen Wellen - zwischen 10 und 50 Meter - wurden trotz ihrer größeren Reichweite von den offiziellen Sendegesellschaften nur wenig, desto häufiger aber von Amateuren, Poststationen, Schiffs- und Küstenseibern, Flugzeugen und Luftschiffen angewandt. Die ultrakurzen Wellen unter zehn Meter hieß man bis vor sieben Jahren für völlig ungeeignet an irgendwelchen Telegraphen- oder Radiowellen, da sie - infolge ihrer größeren Wellenlänge mit den Lichtwellen - ganz merkwürdige Ausbreitungsbedingungen haben: ihr Empfangsbereich ist nicht viel größer als das Blickfeld des Auges, wenn sie auch durch Mauern und andere Hindernisse in ihrer Ausbreitung nicht gestört werden. In einem Umkreis von etwa 20 Kilometern - das heißt sich bald bei den Versuchen des Professors heraus - sind sie jedoch weitaus besser zu empfangen als die längeren Wellen; es gibt keine Störungen durch Gewitter, atmosphärische Einflüsse, Strahlenböden, Aufzüge, Hochfrequenzapparate oder Lichtanlagen. Schon diese Vorteile, zu denen sich noch eine Reihe weiterer gesellen, würden die Einführung der Ultrakurzwellen befürworten.

Die Sender-Lamine

Da mit dem Programm eines Ultrakurzsenders nur je eine Stadt versorgt werden kann, müßte (und wird) ein Netz derartiger Sender ganz Deutschland überziehen, so daß jede Großstadt ihre eigene

Station erhält. Dazu kommt noch ein weiterer Vorteil: die Wellen haben eine derart hohe Frequenz, daß man praktisch unendlich viele Sender dicht nebeneinander lagern kann, ohne daß sie einander stören. So wären allein im Bereich zwischen 9 und 10 Meter Länge mehr als 3000 Stationen unterzubringen! Bis herunter auf ein Meter Länge sind die Ultrakurzwellen heute schon praktisch brauchbar herzustellen; auf dieser Länge würde die Frequenz 300 Millionen betragen - 300 Millionen mal wechselt Wellenberg und Wellental in der Sekunde! Eine Vorstellung, die so phantastisch ist, daß sie unterm Begriffsvormögen widerstrebt.

Kommt die Gebührenermäßigung

Die für den Laien wichtigste Frage ist die: wird man neue oder gar teure Geräte kaufen müssen, um die Ultrakurzwellen empfangen zu können? Zunächst soll einmal gesagt werden, daß die Langwellenstationen, die wir bisher empfinden, keineswegs verschwinden, sondern - wenn auch in geringerer Zahl - zur Versorgung des flachen Landes beibehalten werden sollen. Die Ultrakurzwellen selbst erfordern allerdings Vorapparate zu den ersten Apparaten die jedoch außerordentlich billig sein werden; die ersten derartiger Vorapparate werden auf der kommenden Berliner Funkausstellung bereits zu sehen sein. Außerdem bemüht man sich bereits intensiv für die Konstruktion preiswerter neuer Apparate, die ausschließlich für Ultrakurzempfang bestimmt sind. Im großen und ganzen bedeutet die Einführung des Ultrakurzfunks - aus diesem Grund wird sie auch so heißt von allen Seiten vorbereitet - eine wesentliche Vereinfachung des gesamten Rundfunkwesens und nicht zuletzt eine Vereinfachung, die natürlich auch dem Hörer zugute kommen muß. Vielleicht in Form der Programmverbesserung, vielleicht aber auch als Erfüllung der dringenden Forderung einer Gebührenermäßigung!

Fernsehen auf Kurzwelle?

Schließlich bieten die Ultrakurzwellen die endgültige Lösung des Fernsehproblems. Bisher lag die große Schwierigkeit darin, das zu übertragende Bild in so viele einzelne Punkte so rasch zu zerlegen, daß auch bei schnell bewegten Szenen alle Einzelheiten deutlich zu erkennen sind, das heißt also: eine möglichst hohe Frequenz! Die oder ist mit langen Wellen niemals zu erreichen. Ausschließlich die ultrakurzen Wellen haben eine so hohe Frequenz, daß die Anforderungen des Fernsehens erfüllt werden können. Ein uralter Menschheitsstraum scheint leiner Verwirklichung um ein gutes Stück nähergerückt. (Ea.)

Karlsruher Umgebung

Arbeitergefangenenverein Knielingen 25jähriges Jubiläum

Es bedeutet ungeschwer viel, wenn ein Arbeitergefangenenverein in der heutigen Zeit der Arbeitslosigkeit noch dieses 25jährigen Bestehens gedenken kann. Das betonte auch in seiner sehr eindrucksvollen Rede der Bezirksvorsitzende Gen. Heiser. Er sprach von den vielen Opfern, die besonders in den letzten Jahren gebracht werden mußten, um den Verein lebensfähig zu erhalten. Nur die Ueberzeugung und das feste Vertrauen zu erhalten, bekämpfen seinen Opfern und lassen ihn nicht wegfürmlich werden. Der rührige Vereinsvorsitzende Gen. Engel deutete in seinen Begrüßungsworten an, daß das Programm, das für die Feier anläßlich des 25jährigen Bestehens des Sängerbundes Knielingen zusammengestellt wurde, aus nachfolgenden Gründen in einem einfachen Rahmen gehalten werden mußte. Die abwechslungsreiche Vortragsfolge wurde mit dem stimmungsvoll wiedergegebenen Griechischen Gruß eröffnet. Erfreulicherweise verfügt der Knielinger Sängerbund über einen stark besetzten gemischten Chor. Der Chorleiter Rich. Schupp hat ihn sicher in seiner Hand. Die Wiedergabe des Gluckischen Chores „Nüßt mit Schalle“ war hinsichtlich der Reinheit und des Vortrages musterhaft. Zwischen den Männer- und Frauenstimmen klingen weich und behalten auch ihren Wohlklang bei den zwei Frauenchören festhalten. Eine besonders nachhaltige Wirkung löste die Verlesung des melodischen Smetana-Sabes aus „Völkerrühmlied“ aus. Er wurde mit großer Begeisterung von den fernigen Männerstimmen gesungen, unter denen sich die zweiten Reihe durch ihre laute Tonfarbe besonders hervorhoben. Lebhaften Beifall fand das aus acht Veteranen gebildete Doppelquartett, das seit der Gründung des Sängerbundes aktiv mitwirkte. Es sind dies Karl Linder, Adolf Kirchner, Jakob Köhler, Karl Knobloch I, Karl Knobloch II, Adolf Bögele, Wilhelm König und Wilhelm Köhler. Nach seinem gefühlvollen Vortrag nahm der Vorstand die wohlverdiente Ehrung der Jubilare vor. Mit Sicherheit und deklamatorischem Geschick sprach Nina einen sinnvollen Weispruch. Zwischen den einzelnen Chorstimmen waren solistische Darbietungen eingeschoben, die dem Programm eine ernste Note gaben. Die Konzertsängerin Fr. Sofie Kuttigler sang mit weicher, wohlgeflorter Sopranstimme eine Reihe prächtiger Schubertlieder ersten und zweiten Charakters. Ihre erlesene Vortragskunst fand großes Verständnis bei der überaus zahlreichen Zuhörerschaft. Im Mittelpunkt des Abends stand eine Lotteriegewinnfeier, die Gen. Engel mit schlichten Worten einleitete. Das Sängerbundmitglied Kink sang mit gut geschulter Stimme und verinnerlichtem Vortrag das Brahmsche Lied „Auf dem Kirchhof“. Ein Streichquartett spielte das Ave verum von Mozart mit großer Innigkeit und schöner Tonfülle und der Männerchor beschloß

die Gedächtnisfeier mit Uffmanns „Du fernes Land“. Der ganze Verlauf des Festkonzerts ließ erkennen, daß mit großer Sorgfalt und Freude am Gesange gearbeitet wurde und daß trotz der Not der Zeit eine merkwürdige Aufwärtsbewegung beim Arbeitergefangenenverein Sängerbund Knielingen sich feststellen läßt. Das ist ein höchst erfreuliches Zeichen.

Hohenwettersbach

Gemeinderatsitzung

Zum Gemeinderat wird Hermann Goos bestimmt; derselbe hat eine Kaution in Höhe von 1000 M. zu stellen, welche bei der Bezirksparafasse Durlach hinterlegt werden muß. - Zur Sicherung noch etwaiger Forderungen an den früheren Rädner soll ausnahmsweise die Gemeinde eine Sicherheitskaution eintragen lassen. - Das Übrige sind politische Beschlüsse, die dem August Zimmermann zu seinem Angebot übertrauen. - Der Stadtschreiber des Gemeindefonds sowie die Kassenbuchhalterstellung vom Monat Mai wird zur Kenntnis genommen, desgleichen der Abhändler der Gemeindeforschung 1932. - Die Graserfütterung vom 17. Mai 1932 wird genehmigt. - Die Ladung des Amtsgerichts Durlach in Sachen Gemeinde gegen Buchholz wegen des Stadtdachst wird zur Kenntnis genommen. - Polizeibehörden und Feldhüter erhalten als Vergütung für Mäowachen einen Zuschlag zum Gehalt. - August Zimmermann hat für Ordnung auf den Friedhöfen sorgen gegen eine Vergütung von 20 M. - Die Schlachten- und Sande anfang für die Friedhöfe werden dem Johann Böh zu seinem Angebot übertrauen. - Die Verfügung des Bezirksamts vom 25. Mai 1932 wegen Bereinigung der Rüdstände wird zur Kenntnis genommen.

Zeitschriften

Die „Neue JS“, früher Hofbeil's illustrierte Zeitung beweist sich in letzter Zeit in einem politisch mehr als merkwürdigen Fahrwasser. Mehrere Fortsetzungen hindurch macht sie in illustrierter Mäßigkeit in einer Geschichte „vom Thron in die Fremde“, die den „Bog Kaiser Wilhelm des Zweiten“ in einer Weise darstellt, die zweifellos bei den nationalen Stimmungsbereiten Beifall findet und in ihrer letzten Nummer noch so sogar lautet, den Chef des Kabinetts der Junker und Barone als den „Zentrumspolitiker von Vopen“ illustriert vorzuführen, trotzdem selbst die „Politiker von der JS“ wissen müßten, daß das Zentrum es nicht nur entschlossen ablehnt, Herrn von Vopen als „Zentrumspolitiker“ anzuerkennen, wie die Tatsachen beweisen, auf das eintausendbeite bekannt. Die „Sozialistische Monatshefte“ redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Straße 121 h) haben jedoch das Juniheft 1932 erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Zwei Jahre nach Brlands Europaintiative, von Dr. Walter Moser - Deutschland vor Lauffame, von Dr. Carl Wierandorf - Die Sozialistische und die kommunistische Partei bei den französischen Parlamentssitzungen, von Dr. Alexander Schifrin - Freiwilliger Arbeitsdienst, von Julius Kallistoff. Der Preis des Heftes beträgt 1.- RM., der eines Vierteljahrsabonnements 3.- RM.

Sil Die Sonne im Paket, sorgt, dass rasch der Fleck vergeht! In der Wahl des Lesestoffes ist jetzt allerwärts Vorsicht geboten. Der Volksfreund propagiert keine unerfüllbaren Versprechungen, jeder wirkt unangenehm für die Verbreitung des Volksfreund



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. Juni.
632 Mohammed in Medina. — 1695 Astronom Christoph Buggens.
— 1727 Wallenhausgründer H. Franke. — 1781 Stephenlor, Begründer des Eisenbahnwesens. — 1794 Dichter Gottfr. Ludw. Bürger. — 1794 „Fest des höchsten Wesens“ in Paris. — 1810 Komponist Robert Schumann.

Bezirksratsung

nom 7. Juni 1932.

I. Aus dem Geschäftsbereich des Polizeipräsidenten.

Vorländer: Herr Polizeipräsident Hauser. Folgende Konzeptsanträge fanden Genehmigung: Paul Specht hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zur „Goethehalle“, Goethestraße 4, Paul Henninger hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Saalbau“, Gottesauerstraße 27, Theodor Dürr hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Bruns Berthold“, Harbstraße 23, Emil Waffenschmidt in Durlach, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Krotobil“ im Hause Hauptstraße 47, Robert Schwall in Durlach zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum grünen Hof“, Taubenstraße 2, Walter Samann hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Schönen“ im Hause Wielandstraße 32, Friedrich Traut hier, zum Betrieb des Konditoreifaffees, Hofenstraße 2, ohne Ausschank von Likören und Süßweinen, Frau Amalie Dürr hier, zum Kleinhandel mit Flaschenbier, im Hause Kriessstraße 208, den Kleinhandel mit Flaschenbier wurde weiter genehmigt der Emma Rebel im Hause Eitenhardtstraße 86, dem Max Rittershofer in Durlach, im Hause Hauptstraße 4, dem Ludwig Heppes hier, im Hause Gerwigstraße 16, dem Job Drasel hier zum Betrieb des Verkaufsbüschens zum Ausschank nichtalkoholischer Getränke bei der Durlacher- und Südl. Uferstraße sowie dem Eugen Straß, in Kuppenure zum Betrieb des Verkaufsbüschens mit Ausschank nichtalkoholischer Getränke, Edel Rosenweg und Dikoniensstraße, ferner fand Genehmigung das Geschäft des Dr. med. R. Wagner hier, zur Errichtung einer Privatklinik im Hause Südl. Bildpromenade 4.

II. Aus dem Geschäftsbereich des Bezirksamts.

Vorländer: Herr Landrat Wintermantel. Die zur Verhandlung stehenden verwaltungsgerichtlichen Sachen wurden alle kostenpflichtig abgewiesen. An Verwaltungssachen fanden folgende Genehmigung: dem Wilhelm Feder in Bergheim den Betrieb der Gastwirtschaft „zum Weinberg“, Hauptstraße 64, dem Friedr. W. Schlimm in Gröningen den Betrieb der Schankwirtschaft „zum Kaffee Dopf“, Steigstraße 25, dem Leonhardt Hofner in Weilschneureut den Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zur Krone“, Hauptstraße 100, dem August Dörner in Weilschneureut den Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Feldschützen“, Schulstraße 36, dem Otto Friedrich Mangold in Söck den Betrieb der Schankwirtschaft „zur Rose“, Schillerstraße 28, die Umlagefestsetzung für das Rechnungsjahr 1932 für den Betrieb der Verbandsschneiderei wurde zugestimmt, ebenso wurde die Festsetzung der Beihilfe für den mit der Führung der Vermögensverwaltung der Ortsbevollmächtigtenanstalt Balmbach und der Ortsbevollmächtigtenanstalt Hohenwettershach beauftragten Wst. Pöfller sen. neu geregelt. Abgewiesen wurde die Beschwerde des Theophil Palmmer in Daasfeld wegen der besitzamtlichen Veräußerung einer Baugenehmigung.

Nachmittags wurde in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren. Es stand noch als einziger Punkt die Beschwerde einer Reihe von Alt- und Neupflanzern gegen die vom Pflanzersausschuss Friedrichstraße vorgenommene Verteilung der Tabakanbaufläche zur Verhandlung. Der Bezirksrat war demütigt, den vorgebrachten Beschwerden gerecht zu werden und die durch die Verteilung verursachten Schäden auszugleichen. Es war aber sehr schwer allen Wünschen nachzugeben, da die noch zu verteilende Anbaufläche dazu nicht ausreichte. Die Gemüter waren als dementsprechend erregt, daß der Vorsitzende wiederholt mit Räumung drohen mußte. Es scheint aber doch, daß es hier viel an den örtlichen Verhältnissen in Friedrichstraße gelegen ist, die diese gereizte Stimmung erzeugte. Schließlich konnte der Vorsitzende diese Dauerberatung um 1/2 Uhr schließen. Hela.

Ein badischer Mietertag

findet Sonntag, 3. Juli ds. Js., in Karlsruhe statt. Als Tagungslokal ist das Kaffee Romad, Ettlinger Straße, vorsehen. Am Vorabend wird eine Vorstandssitzung des Landesverbandes stattfinden. Sonntag, 3. Juli, vormittags 10 Uhr, im Kaffee Romad öffentliche Kundgebung, bei welcher Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Bodenstephen (Kiel) ein Referat über „Bodenrecht, Wohnrecht, Mietrecht“ halten wird. Zu dieser öffentlichen Tagung sind sämtliche staatlichen und städtischen Behörden sowie die mit den Mietern sympathisierenden Organisationen auf das freundlichste eingeladen. An diese öffentliche Tagung schließt sich die Delegiertentagung an.

Gegen den Darlehensschwindel

Auf eine kurze Anfrage des Landtagspräsidenten Duffner hat der Minister des Innern folgende Antwort gegeben: „Der zunehmende Darlehensschwindel hat mich veranlaßt, die staatlichen Verwaltungsbehörden und die Ortspolizeibehörden der größeren Gemeinden unter Hinweis auf die Mißstände vor kurzem anzuweisen, die Betriebe der Darlehensvermittlung sorgfältig zu überwachen und insbesondere die Zeitungen auf Anzeigen von schwindelhaften Firmen durchzusehen. Wenn sich Anzeichen von Unzuverlässigkeit ergeben, so hat eine strenge Prüfung gemäß § 59 der Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung einzutreten, und gegebenenfalls ist ungeschäftlich und beschleunigt eine Entscheidung des Bezirksrats zwecks Unterbrechung des weiteren Gewerbebetriebes gemäß § 35 Absatz 3 Gewerbeordnung herbeizuführen. Minderjährige und betrügerische Handlungen sind zur Strafverfolgung zu bringen. Der Minister der Justiz hat unläßlich ebenfalls die Staatsanwaltschaft anzuweisen, diesen Mißständen ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die Strafverfahren sind von den Staatsanwaltschaften mit größter Beschleunigung durchzuführen. Bei Gericht sind wegen der Gemeindefähigkeit und Gemeinshaftlichkeit der in Frage kommenden Verleugungen stets fühlbare Strafen zu beantragen. Außerdem sollen die Staatsanwaltschaften sofort nach Einleitung des Verfahrens mit der zuständigen Verwaltungsbehörde ins Benehmen treten, damit diese das weitere wegen Unterbrechung des ferneren Geschäftsbetriebes veranlassen kann. Von diesem Erlaß sind auch die Gerichte verständigt worden.“

21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe

Propaganda, Quartiere und Ausstellung

Für die Teilnehmer des 21. Deutschen Feuerwehrtages dürfte die Mitteilung von besonderem Interesse sein, daß der Feuerwehrtag gefeiert wird. Der Film von der großen Schau-

Kintheim

Von Albert Hauentstein

Wie jedermann weiß, ist die badische Saurstadt erst etwas mehr als zweihundert Jahre alt und somit eine der jüngsten Städtegründungen auf deutschem Boden. Umso älter hingegen sind die Vororte von Karlsruhe, welche allmählich unserer Vaterstadt einverleibt wurden. So kommt Keitheim schon im Jahre 1110 in einer Urkunde Königs Heinrichs V. anlässlich der Grenzbestimmungen des Klosters Gottesau vor. Darzulegen soll schon zur Zeit der Römerzeit im damaligen Zehntlande als besiedelt und tritt bereits im 7. Jahrhundert als Besitz des elsässischen Klosters Weisenburg erstmals in der Geschichte auf, und Mühlburg, dessen längst verchwundenes Wasserloch, in welchem mehrere Markgrafen Hof hielten. 1274 von Kaiser Rudolf von Habsburg, im April 1403 von König Ruprecht und im Juni 1424 von den Strahburgern belagert ward, bis es 1689 den französischen Nordbrennerorden zum Opfer fiel, wird 1248 in einer Urkunde der Markgrafen Hermann VI. und Rudolf I. von Baden erwähnt. Da drängt sich uns nun doch ganz von selbst die Frage auf, wie es eigentlich mit der geschichtlichen Vergangenheit des östlichen Stadtteiles oder Vorortes von Karlsruhe, Kintheim, bestellt ist. Zu diesem Zwecke wollen wir in den Jahrbüchern der Geschichte zurückblättern und fleißig Umschau halten, was uns dieselben darüber etwa zu berichten wissen.

Ob die Kintheimer, nämlich das zwischen den beiden nebeneinander laufenden römischen Strahenzügen Raffatt—Mühlburg—Seidelberg und Ettlingen—Durlach—Bruchsal—Wiesloch—Seidelberg liegende Gelände, zur Zeit der römischen Besetzung unseres Heimatlandes alschfalls schon bewohnt gewesen ist, läßt sich bis heute durch Funde aus jener Zeit zwar noch nicht beweisen, dürfte aber immerhin wahrscheinlich sein, zumal in der allernächsten Umgebung Kintheims römische Niederlassungen bestanden. Eine oder die andere bescheidene menschliche Behausung mag alsdann inmitten des düfteren Substrates mit seinen weiten Sämpfen und Mooren aus dem Boden gewachsen sein, bis dann mit einem Male zu Anfang des 12. Jahrhunderts in jener für die Kenntnis der Geschichte der Karlsruher Gegend so ungemein wichtigen Urkunde Heinrichs V. von der Ortshafte Kintheim die Rede ist. In dieser schon genannten Bestätigungsurkunde des Gottesauer Klosters durch Heinrich V. werden u. a. die dieser Mönchsgemeinschaft geschenkten Güter aufgezählt und deren Grenzen eingehend und genau beschrieben, wie auch „kraft unserer königlichen Majestät“, wie es wörtlich heißt, „zum Schutze des obgenannten Klosters und seiner dabeiliegenden Güter die Grenzen nacheinander bestimmt werden, die niemand gewaltsam überschreiten darf, nämlich: von Neureut vor dem Kloster und von Rintda n an bis in die Mitte des Luchhart, ebenso von Rintda bis Galsfurt...“ Wir haben also hier die älteste Nennung unseres Vorortes Kintheim in der Geschichte und dürfen aus dieser altertümlichen Schreibung seines Namens wohl auch mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß sich dahinter die Bedeutung „Seim des Rindo oder Rindolf“ verbirgt, wenn der Dornname nicht überhaupt nur schlechtweg mit „Rinderheim“ sich deuten sollte. Soviel also fest steht: um das Jahr 1110 bestand das Dorf bereits. Fortan aber wird es nicht gerade häufig in der Geschichte der Erwähnung für wert erachtet. Erst zwei spätere päpstliche Bestätigungsbulen von Alexander IV. ohne Datum und von Urban IV. von 1260 befaßen sich wieder mit Kintheim und erklären die „villa Rintda“ mit allem Zubehör, mit Aedern, Wiesen, Weinbergen, Wäldern usw. als gottesauischen Besitz. Dann hören wir am 4. Oktober 1275 wieder einmal etwas über den Ort, als Markgraf Rudolf I. von Baden erklärt, daß „das dorf Rintda, das da geboeren sol an das closter von Gotsau“, unter der Hoheit dieses Klosters stehe. Seine Söhne, Hermann, Rudolf II. und Hesso, sind mit dieser Schenkung einverstanden, so daß das Dorf nur noch mit 5 Pfund Geldern jährlich dem Markgrafen dienen soll. Außerdem wird jedes Haus dabeilich zweimal jährlich zur Abfertigung von Hühnern verpflichtet, wie es andererseits den markgräflichen Leuten ausdrücklich unterlagt wird, in Kintheim oder Gaaenstein dauernd Wohnung zu nehmen.

Wie allgemein über die Harbdörfer, so find wir auch über die Schicksale Kintheims im Mittelalter ziemlich dürftig unterrichtet. Erst im Jahre 1373 nimmt wieder einmal eine Urkunde auf unsern Ort Bezug. Denn am 11. Februar dieses Jahres trifft Reichbischof von Speyer, Markgrafinwitwe von Baden, mit dem Pfalzgrafen Ruprecht als dem Vormund und Pfleger der Markgrafschaft

Baden ein Abkommen, das sich mit ihrem Wittum (dotaleium), d. h. mit dem der Witwe zustehenden Teile des Vermögens des Mannes, befaßt. Danach hat sie, außer vielen sonstigen Gütern oder Gutserräten und Zehnten, in dem Dorfe „Kinttan“ oder Pfund Pfennigeldes von den Beden, jener frühesten Form einer deutschen Steuer oder Abgabe, sowie drei Malter Korneldes von dem Waldzehnten zu beanpruchen. Als dann Markgraf Bernhard I. seiner Gemahlin Anna von Dettlingen im Jahre 1399 ihr Wittum bestimmt, finden wir unter den dabeilich aufgezählten Gütern und Ortshafte wiederum „Kintban“ genannt. König Ruprecht genehmigt Johann am 17. Mai 1406 dieses von Bernhard I. festgesetzte Wittum. In der betreffenden Urkunde sind Knielingen, Neureut, Gaaenstein, Schrad, Kinttheim, Hochstetten, Graben, Spöb, Kienloch, Büchli, Daasfeld, Kintheim — in der Urkunde „Kintbane“ — Keitheim und Sulach sämtlich als Reichslehens bezeichnet („... als daß alles von uns und dem Heiligen Riche zu Reben ruzet...“). In einem lag. Kopialbuch wird 1425 das Dorf unter der Bezeichnung „Kintheim“ genannt, und am 23. August 1431 huldigen Schultheiß, Richter und Bürger von „Kintban“, zusammen mit ihren Amtsbrüdern und Rätebürgern von Knielingen, Neureut, Gaaenstein usw. dem neuen Markgrafen Jakob I. von Baden bei dessen Regierungsantritt. Treffen wir 1435 unser Dorf zweimal als in Kopialbüchern genannt an, so bestimmt Jakob I. am 11. April 1453 im Angesichte des Todes, „wann nu in diesem zergänglichem tale der trebere noch ist gewiß dann der todt und ungewißers nicht dann die stunde des todes“, bei der Niederlegung seines letzten Willens dem Markgrafen Georg unter vielen anderen reichen Gebietsteilen auch „Kintban“, das damals noch zum Amte Durlach gehörte, wie der Ort übrigens auch in jeffordauerischer Hinsicht, was hier nebenbei erwähnt sei, im Jahre 1470 als „Kintheim piter bystums“ bezeichnet wird. 1482 wird im Zinsbuch von Gottesau von einem Flurnamen, dem „Hertweg hinter dem Dorf“, gesprochen, wobei offenbar die in der Nähe vorüberziehende eingangs bereits genannte römische Heerstraße von Ettlingen über Durlach nach Bruchsal gemeint ist, auf welcher der ganze damalige Handel sich bewegte. Solche „Hertwege“ werden sehr oft in dabeilich Urkunden namhaft gemacht und sind stets auf den Begriffs „Heerstraße“ mit der jeweiligen Ergänzung, „römischen Urspurung zurückzuführen. Von dem nämlichen Kintheimer Hertweg ist dann auch das Gottesauer Güterbuch (Blatt 40) unter Kintheim im Jahre 1535 nochmals, „am hertwege, auch uff Daasfeldstraße“, Aufzählung ist die Tatsache, daß der Weg von Kintheim nach Daasfeld in diesem Buche sumeist „Straße“ genannt wird, während nach den anderen Dörfern von Kintheim aus nur „Weg“ führen. Ein Kopialbuch trägt im Betain 2940 unter dem Jahre 1484 von „Kintban“, während in einem ebenjohrigen aus dem Jahre 1500 die Ortshafte in der Schreibweise „Kinttan“ erscheint (vgl. Betain 2941, Kloster Gottesau). Nicht unerwähnt bleibe ferner, daß 1488 eine Bestätigungsbulle Papsts Alexander VI. sich mit dem gaaensteinlichen Klosterbesitze zu Gaaenstein, Neureut, Kintheim, Mühlburg, Durlach usw. eingehend befaßt.

Auch in die damaligen Steuerverhältnisse werden wir zur Zeit eingeweiht. So betrug im Jahre 1577, also unter dem Markgrafen Karl II. Herzog, die jährliche Bede, d. h. die öffentliche Abgabe an den Landesherren, welche von jeder einzelnen Gemeinde zu entrichten war, zu Kintheim 34 fl.

Ein Schicksalsjahr für Kintheim war das Jahr 1689. Ebenso mit Gottesau und viele seiner Nachbarn plünderten die Räuberbanden des „allerhöchsten Königs“ Ludwig XIV. von Frankreich in dem mit flammenden Kettern in der Geschichte unsterblich verzeichneten fürchterlichen Pfälztriede auch das Dorf Kintheim und warfen den lobenden Feuerbrand auf seine paar Häuser, die den vorhererangenen Dreißigjährigen Krieg überdauert hatten. Hierig trat die Flamme, was von dem Dorfe noch da war.

In seinem 1813 bis 1816 erschienenen „Historisch-statistisch-topographischen Lexikon von dem Großherzogtum Baden“ schildert H. v. Kolb Kintheim als ein „Natal der Wärrer Gaaenfelder“, mit 413 Einwohnern, 1 Schule 62 Wohn- und 104 Nebengebäuden. Außerdem geböt der herrschaftliche Entengang mit einem Wärrerhaus dazu. Ferner heißt „Das Großherzogtum Baden“, Heidelberg 1857) verzeichnet in Kintheim schon 696 Einwohner.

Seitdem ist der alte, ermüdete gottesauische Besitz Kintheim, der auf eine mehr denn achthundertjährige Geschichte zurückblicken kann, in ständiger erfreulicher Aufwärtsentwicklung begriffen.

Angriffsübung am Sonntag, 7. August, vormittags, wird eine lehrreiche Darstellung der modernsten Feuerbekämpfung abgeben. Außerdem sollen der große Festzug der Feuerwehren, ebenfalls am Sonntag, und die mit dem Feuerwehrtag verbundene Ausstellung von Feuerlösch- und Rettungsgeräten im Filme aufgenommen werden. Schließlich wird auch der Kundfunk sich in einigen Sendungen mit dem Feuerwehrtag befassen. Vorausschicklich am Sonntag, 7. August, ist eine interessante Kundfunkentzoge über den Verlauf der Tagung geplant. In der näheren und weiteren Umgebung von Karlsruhe wird die Werbung für den 21. Deutschen Feuerwehrtag durch ein Kellamemorat noch verstärkt. Nach den bei der Geschäftsstelle des Feuerwehrtages für die Ausstellung eingehenden Anmeldungen ist ein sehr interessantes Programm an der Besichtigung der Feuerwehrausstellung zu befehen. Da inszwischen der Umfang der Ausstellungsgebiete erweitert worden ist, hat die Ausstellungsleitung die Verlängerung der Anmeldefrist beschlossen. Bester Termin für die Anmeldung ist der 21. Juni 1932.

Straßenbahn und Regenwetter

Man schreibt uns:
Es ist eine alte und bekannte Erscheinung, die jeder Fahrgast der Straßenbahn und jeder Straßenbahnfahrer bestätigen wird, daß bei Regenwetter die Benützung der Straßenbahn eine weit größere ist, wie bei schönem Wetter. Spricht man doch im Volksmunde sogar bei Regenwetter von „Straßenbahnwetter“. Jeder kennt also diese Erscheinung — bis auf die zuständige Bezeichnung — die städtischen Straßenbahn in Karlsruhe. Die leitet ihren Betrieb nach Schema B, ob es regnet oder schneit, ob die Sonne scheint, oder es blitzt und donnert. Der kleinste Geschäftsmann steht zu und iragt dafür, daß wenn sein Geschäft gut geht und die Kundschaf zunimmt, der erhöhten Frequenz Rechnung getragen wird. Die Straßenbahn aber ist nicht für die Fahrgäste da, sie hat ihren genau abgeregelt bürokratischen Betrieb, und wenn die Anzahl des Wetters ihr einen erhöhten Fahrtums der Bevölkerung bringt, ist sie nicht verpflichtet, diesem Andrang

Rechnung zu tragen, sondern mit dem einmal für den Dienst bestimmten Wagenpark wird durch die Stadt futschiert, ob die Sonne lacht oder der Himmel weint; ob Regen ist, oder das schöne Wetter das Volk nach auswärts lenkt, damit es spät abends von Durlach zu Ruhe nach Hause wandern, oder am Schachhof von 1/2 Uhr bis 1/2 Uhr zu Durlach warten muß, sogar am Sonntag, weil der Spätkerfer auf ein Minimum beschränkt ist.

Die Straßenbahn hat am Montag früh sicher einen Verlust oder eine Nichterinnahme von einigen hundert Mark an den Elektrizität ein ganz unangehener, gerade um die Stunde des Arbeits, des Geschäftes und Schulbesitzes. Aber leutenruba und gemüßlich abende ist ein Dreierwagen seinen Ring herum, am Bahnhof war er schon überfüllt, an der Waarten, Schützenstraße standen die Arbeiter, die Angestellten, die Studenten, die Schulknaben, nichts zu machen! Die Wagen sind überfüllt, einer nach dem anderen; immer ein Einzelwagen, die Anhänger stehen im Trodenen, im Depot! Wie auf der Kinlinie, so auch auf der Linie 1 und auf anderen Strecken. Wenn Ihr bei schönem Wetter zu Fuß geht und keine Straßenbahn braucht, braucht Ihr auch bei schlechtem Wetter nicht zu fahren, so denkt wohl die Straßenbahnbürokratie! „Dienst am Kunden“ ist dies Gebaren aber nicht. Ein kleines bißchen kaufmännischer Geist und ein einigermaßen geschäftstüchtiger Zug wäre bei der Betriebsleitung der städtischen Straßenbahn sicher nicht von Schaden. Die Stadtverordneten und die städtischen Steuerzahler hätten ihre Freude daran.

Wittwoch-Nachmittagskonzert im Stadigarten. Gutes Wetter, vorausgesetzt, findet am heutigen Nachmittags, von 16 bis 18 Uhr, im Stadigarten ein Nachmittagskonzert statt, ausgeführt vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Rudolf Kott Gub. Mit Rücksicht auf die Witterung findet das Konzert im Stadigarten nicht statt; das Konzert wird als Klavierkonzert ausgeführt. Wir verweisen noch auf die verbilligten Eintrittspreise an diesem Nachmittags.

Besuch der städt. Bäder im Monat Mai

Table with 3 columns: Bädertyp, 1931, 1932. Includes categories like Hallenbäder, Freibäder, Rheinstrandbad, and Sonnenbad.

Musikalische Morgenfeier des Badischen Kammerorchesters. Die Fortsetzung der am kommenden Sonntag stattfindenden...

Personelles. Nähermeldungen zufolge kommt Direktor Rudolf Wilhelm von der Freilichtschule (Mädchenrealschule) in Karlsruhe als Nachfolger...

Wasserstand des Oberrheins häufiger gewechselt. Am Neuen See betrug er am Anfang des Monats 394 Zentimeter...

Beierheim

Unsere Mitgliederversammlung findet heute Mittwoch, 8. Juni, abends halb 9 Uhr im Beierheimer Hof statt...

Die Polizei berichtet:

Gestern nachmittags stieß Ede Karl, 1. und Vorholzstraße ein durch die Karlsruher Landstraße...

Auf der Landstraße zwischen Durlach und Karlsruhe schaute gestern nachmittags in der Nähe der Dornwaldsiedlung ein Wagen vor einem vorbeifahrenden Auto...

Ein verb. Schloßler in Durlach wird der Staatsanwaltschaft angezeigt, weil er einem 14jährigen Schüler in der Dornwaldsiedlung bei Durlach eine derartige Ohrfeige versetzte...

Ein 37jähriger Mann aus Oberhiesfelden, der sich zur Zeit auf Wanderschaft befindet, wurde gestern festgenommen...

Aus dem Gerichtssaal

Schluß der Beweisaufnahme im Offenburger Sterilisationsprozeß

Offenburg, 7. Juni. In der heutigen kurzen Sitzung im Offenburger Sterilisationsprozeß nahmen auch wieder erster Staatsanwalt Bieler und der Verteidiger Dr. Merks...

Ein teurer Seitenprung

Ein kleiner Ehemann lebt schon lange getrennt von seiner Frau. Als er deshalb an einem schönen Tag in Karlsruhe bei einer Kasse einen ansehnlichen Betrag abbolen kann...

davon. Mit dem Gefühl „Rache schmeckt süß“ verläßt dann der Ehemann den Schauplatz, bei dem er auch nicht als Glanznummer gewirkt hat.

Er wollte kein Radio stehlen

Manchmal steigen Diebe wo ein und haben gar nicht die Absicht, etwas zu stehlen. Das wollte gestern auch ein 24jähriger Kraftwagenführer dem Richter weismachen...

Ein kleiner Betrug

Für eine Zeugin nahm vielleicht ein Prozeß ein schlimmes Ende. Angeklagt war ein älterer Mann, der vor Jahren von der Frau Beträge geliehen hat...

Kleine bad. Chronik

Offenburg (Amt Rastatt). Kind vom Fuhrwerk überfahren. Das vierjährige Tochterchen des Bäckers Otto Kiel lief in ein Fuhrwerk hinein...

Offenburg (Amt Rastatt). Hohes Alter. Hier feierte in letzter Reihenfolge der gestirnte 214. Geburtstag der älteste Wittbürger Franz Lotz seinen 91. Geburtstag.

Offenburg. Die Pflichten der Pflichterfüller. Die Stadt beschäftigt in der Stadtdiensterei, bei den Kläranlagen, am Friedhof und im Büchinger Tal etwa 100-120 Pflichterfüller...

Offenburg. Der Streik der Fortbildungsschüler in Oberrastatt ist auf Zurechen des Leiters der Anstalt abgebrochen worden.

Offenburg. Personelles. Der Vorstand des Wasser- und Straßenbauamtes Mosbach, Regierungsaurat Kiefer, wurde als Dienstadtbeamter nach Rastatt versetzt.

Offenburg. Die Rennen in Mesheim gescheitert. In seiner gestrigen Sitzung hat der Baden-Badener Stadtrat und der Finanzausschuß die im Haushalt vorsehenden städtischen Zuschüsse für das im Juni stattfindende Auto-Turnier...

Offenburg. Zwei hiesige junge Leute unternahmen in einem selbstgebauten Raddelboot eine Fahrt auf dem Neckar. Als sie den Neckar bei Biebrich wollten, geriet das Boot in einen Strudel...

Offenburg. Erkantete Leiche. Die am Freitag hier gefundene Leiche, bei der aus dem vorgefundenen Kleiderstück der Name herausgelesen werden konnte...

Offenburg. Die hiesige Feuerwehre besetzt dieser Tage die Feste ihres 85jährigen Bestehens.

Mannheim, 7. Juni. Heute vormittag fand die Ziehung der diesjährigen Mannheimer Maimarkt-Lotterie statt...

Die Kaiserstühler Frühkartoffel. Noch ungefähr 12 bis 14 Tage dauert es und die Kaiserstühler Frühkartoffel wird im Handel erscheinen...

in Kiesel am Kaiserstuhl drei- bis viermal wöchentlich Kartoffel-Großmärkte abgehalten.

Stand der Viehzüchter

Offenburg, 6. Juni. Der gestrige Morgen in Bielefeld unter Führung mit Major Dr. E. Dietrich gestartete Freiballon „Bielefeld“ wurde sofort in große Höhen entführt...

Bajeler Freiballon im Schwarzwald gelandet

Offenburg, 6. Juni. Der gestrige Morgen in Bielefeld unter Führung mit Major Dr. E. Dietrich gestartete Freiballon „Bielefeld“ wurde sofort in große Höhen entführt...

Gemeindepolitik

Bergzhausen. Gemeinderatsitzung. Von dem Jahresabschluss der Gemeindefasse vom Rechnungsjahr 1931 und der Kassenabrechnung vom Monat April 1932 wurde Kenntnis genommen...

Bergzhausen. Gemeinderatsitzung. Von dem Jahresabschluss der Gemeindefasse vom Rechnungsjahr 1931 und der Kassenabrechnung vom Monat April 1932 wurde Kenntnis genommen...

Bietigheim. Gemeinderatsitzung. Der offiziellen Gemeindefassung ging eine Fürsorgeauschuss-Sitzung voraus...

Bietigheim. Gemeinderatsitzung. Der offiziellen Gemeindefassung ging eine Fürsorgeauschuss-Sitzung voraus...

Letzte Nachrichten

Fürst Starbemberg bei Mussolini

Wien, 7. Juni. (Sta. Draht.) Der Führer der österreichischen Heimwehren, Fürst Starbemberg, hat sich am Dienstag im Flugzeug nach Rom begeben. Die Reise hat den Zweck, in Verhandlungen mit der Leitung der italienischen Faschisten eine Vereinigung zwischen den faschistischen Heimwehren Österreichs und den österreichischen Nationalsozialisten vorzubereiten. Starbemberg hat über diesen Plan bereits seit längerer Zeit unter anderem auch persönlich mit Mussolini korrespondiert.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 8. Juni 1932:
 Badisches Landes-Theater: Der fliegende Holländer, 20 Uhr.
 Stadtgarten: Nachmittagskonzert, 16 Uhr.
 Badische Volkshochschule: Zarafanowa, 20.30 Uhr.
 Maria-Bühne: Der Ring von Arfaßen, Programm.
 Sommer-Festspiele: Die Frau, von der man spricht.
 Bender & Co.: Baden, Strafen, Gassen und Städtchen mit Vortrag, 16 und 20 Uhr.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Infolge Annäherung eines Hochdruckgebietes aus Westen kam es gestern nur noch vereinzelt in der Hauptsache im Süden des Landes zu Regenfällen. Die Temperaturen, die in den letzten Tagen stetig gesunken waren, haben auf den Schwarzwaldhöhen nunmehr den Gefrierpunkt erreicht. Die tiefsten Temperaturen der gegenwärtigen Witterungsperiode werden jedoch damit erreicht sein, da wir künftig wieder mit Erwärmung durch Sonneneinstrahlung rechnen können. Das Hochdruckgebiet wird uns voraussichtlich 2 bis 3 trockene und heitere Tage bringen, weshalb sich eine Ausnutzung der Wetterbesserung für die gegenwärtig fallende Feuernte empfiehlt.

Wetterausichten für Donnerstag, 9. Juni: Zeitweilig heiter und trocken und zunehmende Erwärmung, nachts noch kühl.

Wasserstand des Rheins

Basel 143, aelt. 15; Waldshut 337, aelt. 19; Schusterinsel 205, aelt. 13; Rehl 345, aelt. 12; Maxau 514, aelt. 16; Mannheim 404, aelt. 20 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 4. Juni: Rosa Setlich, 47 Jahre alt, Ehefrau von Anton Setlich, Laborant (Mühlburg). Elisabeth Webel, 78 Jahre alt, Witwe von Eduard Webel, Büroassistent. Beerdigung am 7. Juni, 14.30 Uhr. Georg Kria, 60 J. alt, Küfermeister, Witwer. Hermann Sauer, 59 Jahre alt, Oberpostlektor, Ehemann. Beerdigung am 7. Juni, 15 Uhr. Lydia Kothe, 46 Jahre alt, Ehefrau von Hugo Kothe, Fäher. Beerdigung am 7. Juni, 14 Uhr. — 5. Juni: Ferdinand Levy, 71 Jahre alt, Privatmann, Witwer. Delag, 9 Monate 18 Tage alt, Vater Adolf Schmidbauer, Kaufmann (Mühlburg). Ruth, 12 Jahre alt, Vater Hermann Dertel, Architekt. Beerdigung am 7. Juni, 11 Uhr. Paul Quider, 43 Jahre alt, Friseur, Ehemann (Mühlburg). — 6. Juni: Franz Weber, 18 J. alt, Elektro-Installateur, ledig (Mühlburg). Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 6. Juni: Eugen Raftetter, 23 Jahre alt, Gelehrter, ledig (Mühlburg). — 7. Juni: Margarete Luz, geb. Krämer, 37 Jahre alt, Ehefrau von Georg Luz, Kaufmann. Beerdigung am 9. Juni, 12.30 Uhr.

Veretnsanzeiger

Karlsruhe Arbeiterkameraderkolonne Karlsruhe. Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Salmen“ eine Vorstandssitzung statt, wozu sämtliche Vorstandsmitglieder gebeten werden. 3142

Bestell den Wahren Jacob!

Badisches Landes-Theater
 Mittwoch, 8. Juni
 8.25
 Th. Gem. 701-800
Der fliegende Holländer
 Von Richard Wagner
 Regent Schwarz
 Spielleitung: Fräulein
 Mittelfelde:
 Haberfort,
 Reich-Drick, Hopf, Kiefer, Schäfer, Straß
 Anfang 20 Uhr
 Ende 22.30 Uhr
 Preise D 0.90-5.70 M.
 754

Billige Angebote dieser Woche!

Strümpfe
 Damen-Strümpfe feinnaschige künstl. Wäsche mit mod. 4 Jour Zwickel - Paar 85.7
 Damen-Strümpfe Bemberg-Kunstseide mit starker Flossole - Paar 1.20
 Damen-Strümpfe Kunstseide plattiert, außerordentlich haltbar - Paar 1.45
 Damen-Strümpfe künstliche Wäsche, hervorragend schöne Qualität - Paar 1.65
 „Favorit“-Strümpfe aus künstlicher Wäsche, uns. beliebte Spezialqualität - Paar 1.90

Auf Extra-Tischen!
 Gummi-Tischdecken mit Rüsche 95.7
 mit Rüsche 00/125 1.25

Schürzen
 Gummi-Schürze bedruckt, in schönen Mustern - 35.7
 Platten-Schürze mit Osen in gut. Qual., mit Kreuz-u. Bindeb. - 48.7
 Platten-Schürze mit Osen mod. schöne Formen und Muster Kreuz- und Bindeband. - 75.7

Mittwoch immer Kindertag

nur 30

kostet diese Tasse Schokotrunk mit Sahne zusammen mit einer Merinke und die Kindertasse dürft ihr mitnehmen!

Trikotagen
 Herren-Netzjackett mit verstärkter Achsel, Vorder-schluß Größe 4-6 85.7
 Herren-Schlüpfert Kollform, weiß Trikot - Größe 4-6 75.7
 Herren-Mosen mit Ueber-schlag, echt Mako, 2stüdig, Gr. 4-6 1.45

Die moderne Damennetzwäsche aus Kunstseide, erstklassige Fabrikat mit Bandträger

Hemden 1.95
 Schlüpfert 2.25
 Hemdhosen mit 5 Knopfschluß 3.50

Aus der **Lebensmittel-Abteilung**
 Sennebutter Pfund 1.10
 Molkerbutter Pfund 1.28
 Teobutter 3/4 Pfund-Stück 68.7
 Fst.Württ.Markenbutter 1/2 Pfund-Stück 70.7

Krisen überwindet

wer gesund sich trinkt um wenig Pfennig täglich mit den berühmten Mineralbrunnen

Innauer Apollo-Sprudel
Remstal-Sprudel
Beinstein

Fragen Sie nach den weit herabgesetzten Preisen.

Brauerei Hch. Fels G. m. b. H. Kriegsstraße 115, Tel. 7276/77, Anton Hanner, Mineralwasserfabrik, Goethestraße 29, Tel. 2704, G. Kranich, Badische Chabesofabrik, Marienstraße 48, Tel. 3182 536

Stadtgarten
 Mittwoch, 8. Juni
 Son 16-18 1/2 Uhr
Nachmittagskonzert
 Philharmonisches Orchester.
 Verbilligte Eintrittspr.

Achtung!
 Eich, hochmod. Schlafzimmern, gerund. Ecken, mittel. Höhe pol. 180 cm breit. Schrant, Jalousie, Spiegel, ist nur 310 M.
 Wohnzimmern mit Tisch und Lederstühle, beide Qualität, 310 M.
 Küche mit Tisch und 2 Stühle 135 M.
 Zu erfragen: Marktstr. 79, Wüggelstraße. 3151

Speisekariöffeln
 geteilt, „Industrie“ erstklassige Qualität. Abg auch gemindert ab Lager und frei Keller, zum auswärts. Zagebr
H. Heckmann,
 Wit Bahnhof Tel. 5906

Arbeiter-Sportklub Grötzingen

Todes-Anzeige
 Hiermit legen wir unsere toten Mitglieder von dem Ableben unjeres lieben Genossen

Martin Arbeit
 geziemend in Kenntnis.

Arbeitsgemeinschaft
 Zuerstverein Wägnel e. B.
 Wägnelverein 1886
 Wägnelverein
 Wägnelverein
 Wägnelverein

Beerdigung Donnerstag, 9. Juni, nachmittags 5 Uhr von der Friedhofkapelle aus. 538

Todes-Anzeige
 Heute vormittag 1/9 Uhr bestiebt nach kurzem, schwerem Krankenlager unerwartet rasch unser herzensguter, treuverborgter Vater

Martin Arbeit
 im Alter von nahezu 57 Jahren.
 Grötzingen, den 7. Juni 1932
 Kaiserstraße 68

Die trauernden Hinterbliebenen
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. Juni, nachmittags 5 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 537

Schöne einträgliche Klebergeschäft zu verkaufen. Durlacher Str. 9, III It. 531057

Saubere Frau sucht Stundenlohn a. Halbtagsstunden bei möglich. Berechnung. Zu erfr. u. K. 1053 im Volksfreund

Fräulein, fleißig, Mädchen sucht Stellung i. Wirtschaft für Haushalt od. Bedienung, evtl. auch Privat. Zu erfragen an Nr. 3134 an den Volksfreund erbeten.

Jung. Mädchen, selbstständig im Kochen, sucht Stellung. Zu erfragen bei Baldschwieler, Schützenstr. 110, III. 531057

Schöne einträgliche Klebergeschäft zu verkaufen. Durlacher Str. 9, III It. 531057

Welter, Ehepaar (Rent.) sucht 2-Zimmer-Wohnung im 2. u. 3. St. im Jentz der Stadt. Adr zu erfr. u. D. 1080 im Volksfreund.

Beamter I. auf I. Ort. 3-Zimmer-Wohnung im 2. u. 3. St. unter Nr. 3132 a. b. Volksfr.

1- bis 2-Zimmer-Wohnung zu mieten gesucht. Angebote mit Preis unter Nr. 3133 an den Volksfreund.

Zwei schöne Neubau-Wohnungen, 2. St. und Mansarde, je 3 Zimmer für 35 u. 20 M. monatlich in Zuerstverein, beim zu vermieten. Näher bei Hüttenberg, Karlsruhe-Beierheim, Gießenstraße 2, part.

3 Schlafzimmer-Einheitspreise
 Dieses Angebot wird jedem die Möglichkeit geben, sich nach seinem Mitein ein schönes Schlafzimmer auszustatten.

1. Einheitspreis 175.-
 Das Schlafzimmer wird in Mahagoni oder Goldbirken- oder Eichenholz gefertigt. Es besteht aus 2 Bettstellen, 2 breite, moderne Nachtschischen, 1 Waschtisch mit Spiegel, 1 Garderobenschrank, 2 Stühle, 1 Handtuchhalter.

2. Einheitspreis 275.-
 Dieses Zimmer ist echt Eiche, in schönem braunem Ton geölt und besteht aus: 2 Bettstellen, 2 Nachtschischen in weißem Marmor, 1 Waschtisch mit Spiegel, 1 Garderobenschrank, 2 Stühle, 1 Handtuchhalter.

3. Einheitspreis 375.-
 Ein schwer, eichenes Schlafzimmer mit Nußbaum abgesetzt alles voll gearbeitet und abgeperkt, mit dreifach Garderobenschrank und Insektenschutz für Kleider für Wäsche.

Es liegt in Ihrem Interesse, diese so einträglichen Angebote auszunützen.

Möbelhaus Marx Kahn
 Waldstraße 22 (neben Colosseum)
 Lieferung auch nach auswärts frei Wohnung. — Bequeme Teilzahlungsbedingungen. — Garantie. — Sündiges Lager über 200 Zimmer und Küchen.

Todes-Anzeige.
 Tiefbetrubt teilen wir allen Freunden und Gewerkschaftskollegen mit, daß unser lieber Betriebsratsvorsitzender, Kollege

Martin Arbeit
 Dienstag morgen gestorben ist. Als eine aufrichtige Persönlichkeit, ein Mann von ausgeprägter Rechtlichkeit und eisernem Pflichtgefühl hat er jederzeit den Interessen der Belegschaft mit unermüdlicher Hingabe gedient. Wir werden seiner stets in Treue und Dankbarkeit gedenken.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Friedhofkapelle in Grötzingen aus statt. 539

Durlach, den 8. Juni 1932.
 Die Belegschaft der Firma Grötzer-Kayser & Co.
 im Auftrag: Der Betriebsrat.

1 MARK VERKAUF
 Wer sparen will nützt diese Gelegenheit!

Der Blitz vom Mittwoch

Damen-Hemd mit angehoch. Achsel, Ia. Makotrikot, weiß, schwere Qualität, 90 cm lang 1.-

Frottier-Handtuch Jacquard, weiß mit farbiger Bordüre, 58/115 cm 1.-

Damen-Strumpf Kunstseide plattiert, feinnaschig mit 4 facher Flossole . . . 1.-

Beachten Sie das **Preisausschreiben!**

BURCHARD

Radio, „Rende“
 4 Röhren, Regenschirm, billig zu verkaufen. Anzufragen: Herrmann, Durlacher Str. 201, beim Biergarten.

Motorrad mit Seitenwagen
 Motorrad mit Seitenwagen erst. auch ohne zu erhalten zu verkaufen. Ang. mit Preis unter Nr. 3124 an den Volksfreund.

Ein gebrauchte aut. erhalt. Schlagpumpe
 zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 3125 im Volksfreund.

Motorrad mit Seitenwagen
 Motorrad mit Seitenwagen erst. auch ohne zu erhalten zu verkaufen. Ang. mit Preis unter Nr. 3124 an den Volksfreund.

Motorrad mit Seitenwagen
 Motorrad mit Seitenwagen erst. auch ohne zu erhalten zu verkaufen. Ang. mit Preis unter Nr. 3124 an den Volksfreund.

Trauerbriefe werden schnell und billig angefertigt.
 Verlagsdruckerei Volksfreund GmbH.

10% Rabatt
 auf Steppdecken, Woll- und Kamelhaardecken, Daunendecken, Federbetten u. Matratzen

OERTEL
 Kaiserstrasse 101-103, ab 1. Juli Kaiserstr. 191